

Ukraine20140228Minutenprotokolle.

28. Februar 2014

23:35

Das ukrainische Außenministerium hat gegen die Verletzung des ukrainischen Luftraumes und gegen Verstöße gegen die für die russische Schwarzmeerflotte gültigen Aufenthaltsbedingungen auf der ukrainischen Halbinsel Krim protestiert.

Eine entsprechende Note sei am Freitag an die russische Seite gerichtet worden, teilte das ukrainische Außenamt auf seiner Internetseite mit. „Die Ukraine hat die Russische Föderation weder vorgeschlagen noch gebeten, die Streitkräfte ihrer der Schwarzmeerflotte einzusetzen. Das ukrainische Außenamt bekräftigt seine Forderungen, Soldaten und Kampftechnik der Schwarzmeerflotte der Russischen Föderation unverzüglich in ihre Stationierungsorte abzuziehen“, hieß es in der Protestnote.

23:24

Angehörige der von den neuen Machthabern in Kiew aufgelösten ukrainischen Sonder-Polizeinheit Berkut haben die Absicht Moskaus begrüßt, ihnen die russische Staatsbürgerschaft zu gewähren.

„Wir sind bereit, die erforderlichen Papiere zu sammeln“, sagte der Kommandeur einer auf der Krim stationierten Berkut-Einheit, der anonym bleiben wollte, am Freitag in einem RIA-Novosti-Gespräch in Simferopol. „Die Menschen, die an die Macht in Kiew gekommen sind, brauchen uns nicht. Wir sind Feinde für sie. Wir werden bedroht. Man will uns hinrichten. Unter diesen Umständen würde uns jede Hilfe zugutekommen.“ Er werde die Nachricht an andere Kommandeure weiter leiten und sei sicher, dass viele von ihnen die Möglichkeit nutzen würden, einen russischen Pass zu erhalten, sagte der Gesprächspartner.

23:04

Das Generalkonsulat von Russland in der Stadt Simferopol auf der Krim startet die Ausstellung russischer Pässe für die Bürger der Ukraine, Kämpfer der Polzeispezialeinheit „Berkut“, berichtet das russische Außenministerium.

Russlands Regionen erklären sich bereit, „Berkut“-Kämpfer und andere Bürger der Ukraine, die in eine schwierige Situation geraten sind, auf ihrem Territorium unterzubringen und ihnen Arbeitsplätze zu vermitteln.

Sergej Aksjonow, Premierminister der Krim, hatte zuvor erklärt, dass die russischen Behörden und die Krim-Führung sich geeinigt hatten, „Finanzhilfen an die Ukraine für die Autonome Republik Krim bereitzustellen“.

23:00

Die USA haben Russland aufgerufen, im Zusammenhang mit der schweren Krise in der Ukraine seine aus der UN-Charta resultierenden Verpflichtungen strikt zu

erfüllen.

„Wir warnen Russland auch vor der Androhung oder Anwendung militärischer Gewalt gegen andere Länder. Wir rufen alle Staaten auf, von Handlungen abzusehen, die ein falsches Kalkül zur Folge haben könnten“, sagte der US-Regierungssprecher Jay Carney am Freitag in Washington. Zugleich wollten die USA vorerst nicht auf diesem Thema spekulieren und warteten präzisere Informationen ab, darunter über die Situation auf der Halbinsel Krim, hieß es.

22:37

Der Regierungswechsel auf der Krim und das für den 25. Mai geplante Referendum über den künftigen Status der Autonomie werden keinen bewaffneten Konflikt in der Region auslösen. Das versicherte der neue Regierungschef der Krim, Sergej Aksjonow, am Freitag in Simferopol.

„Ich glaube daran, dass es uns gelingt, eine Wiederholung der Ereignisse wie in (Süd-)Ossetien und Georgien zu verhindern“, sagte Aksjonow nach der Sitzung des Krim-Parlaments, in der das neue Kabinett gebildet worden war. „Ich bin auch sicher, dass wir dieses komplizierte Problem mit Hilfe unserer Nachbarn werden lösen können... Die von Russland versprochene Finanzspritze für die Krim wird helfen, ein Übergreifen der in der übrigen Ukraine tobenden Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Halbinsel zu verhindern.“ Konkrete Summen würden in der kommenden Woche bekannt sein, sagte der Premier.

Aksjonow, der an der Spitze der gesellschaftspolitischen Krim-Bewegung „Russische Einheit“ steht, erklärte ferner, dass er den von den Behörden in Kiew entmachteten Präsidenten Viktor Janukowitsch weiterhin als einen legitimen Staatschef anerkennt. „Ich werde seine Anweisungen erfüllen“, sagte der neue Regierungschef.

22:33

Der UN-Sicherheitsrat wird um 15:00 Uhr New Yorker Zeit (00:00 Moskauer Zeit am Samstag) zusammentreffen, um die Lage in der Ukraine zu erörtern, sagte Martin Nesirky, der Sprecher des Generalsekretärs der Weltorganisation, vor Journalisten.

“Der Sicherheitsrat wird ein privates Treffen abhalten, nach dem eine Beratung folgt. Dabei soll die Situation in der Ukraine besprochen werden“, sagte er.

Der Vertreter des Generalsekretärs präzisierte nicht, was unter dem „privaten Treffen“ gemeint wird und ob daran alle 15 Mitgliedstaaten teilnehmen werden.

22:18

Russland wird Angehörige der von den neuen Machthabern in Kiew aufgelösten Polizei-Sondereinheit Berkut einbürgern.

Das Generalkonsulat Russlands in der Krim-Hauptstadt Simferopol ist angewiesen worden, mit der Vergabe russischer Pässe an Berkut-Leute so schnell wie möglich zu beginnen, teilte das russische Außenministerium am Freitag auf seiner Facebook-Seite mit.

21:06

Russlands Präsident Wladimir Putin hat die schwere innenpolitische Lage in der Ukraine am Freitag mit mehreren europäischen Politikern erörtert.

Bei Telefongesprächen mit dem britischen Premier John Cameron, Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem EU-Ratspräsidenten Herman Van Rompuy ging es um die jüngste Entwicklung in der krisengeschüttelten Ukraine, teilte der Kreml mit. Die Gesprächspartner hätten auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Lage in der Ukraine schnellstmöglich zu normalisieren. Vereinbart worden seien weitere persönliche Kontakte und ein aktiveres Zusammenwirken auf der Ebene der Außenministerien, hieß es.

Am gleichen Tag wies Russlands Außenminister Sergej Lawrow bei einem Telefonat mit seinem US-Amtskollegen John Kerry auf die Notwendigkeit hin, das am 21. Februar unterzeichnete Abkommen über die Regelung in der Ukraine strikt zu erfüllen. „Es kommt darauf an, den radikal gesinnten Extremisten das Handwerk zu legen und die nationale Eintracht auf der Grundlage der Berücksichtigung der Interessen aller politischen Kräfte und aller Regionen der Ukraine herbeizuführen“, wurde Lawrow von der Pressestelle des Außenministeriums zitiert. Das Gespräch habe auf Initiative der US-Seite stattgefunden.

20:59

Die vorgenommene Verlegung von Panzern der russischen Schwarzmeerflotte auf der Halbinsel Krim entspricht den russisch-ukrainischen Basisabkommen, wie es am Freitag aus dem russischen Außenministerium nach einem Treffen mit dem Botschaftsrat der ukrainischen Botschaft in Moskau, Ruslan Nimtschinski, hieß.

„Die Verlegung von Panzern der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim erfolgt in vollem Einklang mit den russisch-ukrainischen Basisabkommen über die Schwarzmeerflotte“, heißt es in einer Mitteilung des russischen Außenministeriums, die am Freitag auf der Webseite der Behörde veröffentlicht wurde.

Das Ministerium erklärt die Bewegungen der Kampffahrzeuge mit der „Notwendigkeit, den Schutz der Stationierungsorte der Schwarzmeerflotte auf dem ukrainischen Territorium zu sichern“.

Der auf 20 Jahre befristete Pachtvertrag für die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte in der Hafenstadt Sewastopol auf der Krim wurde 1997 geschlossen und bereits 2010 um weitere 20 Jahre verlängert.

20:49

Der von den neuen ukrainischen Behörden entmachtete Präsident Viktor Janukowitsch hat sich erstaunt gezeigt über die Zurückhaltung von Russlands Präsident Wladimir Putin im Zusammenhang mit der Krise in der Ukraine.

„Russland war, bleibt und wird auch in der Zukunft kraft diverser Umstände strategischer Partner der Ukraine bleiben“, erklärte Janukowitsch am Freitag auf einer Pressekonferenz in der russischen Stadt Rostow am Don. „Russland hat das Recht, im Rahmen der bestehenden Abkommen mit der Ukraine entsprechend vorzugehen. Ich bin der Ansicht, dass Russland handeln muss. Ich kenne den

Charakter von Wladimir Wladimirowitsch Putin und frage mich deshalb, warum er sich bislang in Schweigen hüllt“, sagte Janukowitsch.

Russland habe alle Möglichkeiten zu nutzen, um Chaos und Terror in der Ukraine zu verhindern, fuhr Janukowitsch fort, sprach sich zugleich kategorisch gegen eine Invasion seines Landes aus. „Russland darf bei der Lösung des Schicksals eines großen Partners wie der Ukraine nicht abseits stehen.“ Dabei gab Janukowitsch keine Rezepte für das Handeln Moskaus.

Der gestürzte Präsident sagte ferner, dass das Entwicklungsszenario für die Ukraine im Ausland geschrieben wurde. „Ich bin sicher, dass die Zeit kommt, da die Wahrheit die Oberhand gewinnt... Aber jetzt wird ein schreckliches Theaterstück unter Teilnahme der Extremisten und der Autoren dieses blutigen Librettos gespielt“, sagte Janukowitsch.

18:58

Eine Gruppe von Abgeordneten des ukrainischen Parlaments hat an die Mitbürger, die Weltgemeinschaft und die Politiker appelliert, mit den „Verbrechern“, die durch einen Staatsstreich die Macht im Land ergriffen hätten, nicht zusammenzuarbeiten, ihre Macht nicht anzuerkennen und den „außer Rand und Band geratenen Extremisten“ Einhalt zu gebieten.

„Wir Gruppe von Abgeordneten der Obersten Rada der Ukraine wenden uns an Sie im Zusammenhang mit den tragischen Ereignissen in unserem Land. Wir haben keine Zweifel daran, dass die paramilitärischen Nazi-Formationen in der Hauptstadt unseres Heimatlandes, Kiew, mit uneingeschränkter Unterstützung der so genannten demokratischen Opposition und bei totaler Passivität des Präsidenten der Ukraine faktisch einen Staatsstreich vollzogen haben“, hieß es in dem Dokument, das RIA Novosti zugegangen ist.

Die Autoren, darunter Igor Kaletnik und Wladimir Olejnik, heben hervor, dass „die Verfassung der Ukraine mit den Füßen zertrampelt worden“ sei. Das Land sei von einer Welle von Gewalt, Pogromen, Morden und Brandstiftungen erschüttert worden. Die Ukraine versinke langsam in Chaos, Gesetzlosigkeit und Gewalt.

„Die Oberste Rada, die die Verfassung in grober Weise verletzt, ist zu einem völlig illegitimen Machtorgan geworden und widerspiegelt die Meinung des Volks der Ukraine nicht“, wird unterstrichen.

„Diejenigen, die heute mit den Banditen kollaborieren und verfassungswidrige Gesetze in der Obersten Rada automatenhaft stempeln, tun dies entweder aus Angst und unter Druck oder begreifen im Grunde nicht, dass die Faschisten die Macht in der Ukraine an sich reißen wollen“, so die Abgeordneten. Sie äußern Bedauern darüber, dass „die so genannten demokratischen Länder mittels verschiedener Sanktionen ebenfalls zu Erpressung und Druck greifen, und zwar nicht nur gegen die Politiker, die sich der Gesetzlosigkeit widersetzen, sondern auch gegen ihre Familienangehörigen“.

Die Autoren fordern ihre Parlamentskollegen auf, „mit der verbrecherischen Macht nicht zusammenzuarbeiten und sie nicht anzuerkennen“, „allerorts Freiwilligen-Abteilungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu bilden“, „Verbindungen

untereinander herzustellen und den außer Rand und Band geratenen faschistischen Extremisten organisiert Einhalt zu gebieten“. Die Verfasser bringen die Überzeugung zum Ausdruck, dass das Chaos und die Gesetzlosigkeit bald der Vergangenheit angehören werden. „Wir erlauben es nicht, die Verfassung des Landes, die legitimen Rechte, die demokratischen Freiheiten und die Sicherheitsgarantien der Bürger mit Füßen zu treten“, wird unterstrichen.

Die Verfasser sind überzeugt, dass „eine unabwendbare Strafe die Verbrecher und ihre Handlanger für den von ihnen vollzogenen Staatstreich erwartet“.

17:29

Die Europäische Union will laut dem Sprecher der EU-Kommission, Olivier Bailly, die neue ukrainische Regierung als legitim anerkennen und ist zur Zusammenarbeit bereit.

„Wir stellen fest, dass diese Regierung mit einer Verfassungsmehrheit in der Rada (ukrainisches Parlament) bestätigt wurde, und erachten sie in dieser Etappe als Partner. Wir erkennen die Legitimität dieser Regierung an“, sagte Bailly am Freitag.

Zugleich enthielt er sich einer klaren Antwort auf die Frage, ob die EU bereit sei, ein Assoziierungsabkommen mit dieser Regierung zu unterzeichnen, ehe die für den 25. Mai angesetzte Präsidentenwahl stattgefunden hat.

„Die ukrainischen Behörden müssen eine souveräne Entscheidung treffen, ob sie gewillt sind, das Abkommen zu unterzeichnen. Sie müssen uns davon auf die Weise in Kenntnis setzen, die mit ihrer Verfassung am besten übereinstimmt“, betonte er.

Das europäische Portal EurAktiv hatte zuvor unter Berufung auf den ukrainischen EU-Botschafter Konstantin Jelissejew mitgeteilt, dass der EU-Gipfel am 20. und 21. März ein geeigneter Unterzeichnungstermin wäre.

Das Assoziierungsabkommen darf gemäß der ukrainischen Verfassung entweder vom Präsidenten oder vom Premier oder von einem Minister signiert werden, der über ein entsprechendes Mandat verfügt, so Jelissejew.

17:15

Die Nationalbank der Ukraine hat zeitweilige Einschränkungen für die Auszahlung von Devisendepositen angeordnet, wie der Chef des Geldinstitutes, Stepan Kubiw, am Freitag in Kiew in einer Pressekonferenz bekannt gab.

Laut Kubiw sollen höchstens 15 000 Griwna pro Tag und Person anhand des jeweiligen Devisenkurses ausgezahlt werden. „Bei der Entnahme von Bargeld von laufenden Depositen dürfen 15 000 Griwna (1500 US-Dollar) pro Tag ausgezahlt werden“, so Kubiw.

Dem Bankchef zufolge handelt es sich um eine zeitweilige Maßnahme, die der Stabilisierung der Situation auf dem Devisenmarkt dienen soll – angesichts des massenhaften Bestrebens der Bürger, ihre Depositenverträge mit den Banken vorfristig zu kündigen, um die Einnahmen aus dem wachsenden Dollarkurs beibehalten zu können.

Der Banker präzisierte, dass die Einschränkungen nur die Devisen-Depositen betreffen und sich nicht auf die Griwna-Einlagen erstrecken.

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen politischen Krise in der Ukraine ist die nationale Währung seit Jahresanfang um mehr als 30 Prozent abgerutscht und hat am Donnerstag, dem 27. Februar, ein historisches Minimum von 11,5 Griwna zum US-Dollar erreicht.

Am Freitag ist die Landeswährung im Interbankenhandel etwas nach oben korrigiert worden: 10,2 Griwna entsprechen einem US-Dollar.

17:04

Der Sekretär des Rates für die nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine, Andrij Parubij, sieht keine Notwendigkeit für die Einführung des Ausnahmezustandes auf der Krim.

„Die Verhängung des Ausnahmezustandes gibt keine zusätzlichen Einsatzkräfte. Daher finden wir andere, effektivere Möglichkeiten, um die Lage auf der Halbinsel Krim einzudämmen“, betonte Parubij.

Unterdessen sagte der Leiter der Delegation des Russischen Föderationsrates auf der Krim, Igor Morosow, gegenüber der STIMME RUSSLANDS, dass der Besuch der russischen Delegation zur Stabilisierung der Lage auf der Halbinsel beitragen werde.

16:47

Die ukrainische Staatsanwaltschaft verdächtigt 74 Personen einer Beteiligung an der Tötung von Menschen bei den Krawallen in Kiew, heißt es auf der Webseite der Behörde.

„Im Zuge des Ermittlungsverfahrens wurden ausreichende Daten gewonnen, die auf eine Beteiligung von 74 Menschen an Tötungen hinweisen, bei denen Schusswaffen eingesetzt wurden“, teilt die Staatsanwaltschaft mit.

Als mutmaßliche Mittäter gelten dabei der vom Parlament abgesetzte Präsident Viktor Janukowitsch, der ehemalige Chef der Präsidentenadministration Andrej Klujew, Ex-Generalstaatsanwalt Viktor Pschonka und der frühere Innenminister Vitali Sachartschenko.

16:42

Die Europäische Union werde bereit sein, ein Assoziierungsabkommen mit der Ukraine zu unterzeichnen, alsbald die ukrainische Führung diese Absicht angekündigt hat, erzählte der Vertreter der Europäischen Kommission, Olivier Bailly.

„Das Abkommen über die Assoziation und eine tiefe und umfassende Freihandelszone, die wir bereit waren, im November zu unterzeichnen, ist auf dem Tisch. Das politische Signal ist seit Oktober unverändert geblieben – wir sind bereit, zu unterzeichnen. Die ukrainischen Behörden müssen ihre Wahl treffen“, sagte er am Freitag auf einer Pressekonferenz in Brüssel.

Darüber hinaus erklärte Bailly: “Wir erkennen die Legitimität des Parlaments der Ukraine an, und deshalb erkennen wir die Legitimität der neuen Regierung des Landes an.”

16:44

Die ukrainische Staatsanwaltschaft will die Abschiebung des abgesetzten ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch in die Ukraine fordern, wenn die Informationen über seinen Aufenthalt in Russland offiziell bestätigt werden, teilte die Behörde am Freitag auf ihrer Internetseite mit.

Der Haftbefehl gegen Janukowitsch sei von einem Kiewer Gericht bereits erlassen worden.

Zuvor hatte die Ermittlungsverwaltung bei der ukrainischen Staatsanwaltschaft mitgeteilt, Janukowitsch werde auf vorsätzliche Tötung und Amtsmissbrauch verdächtigt.

16:15

Die Schweizer Behörden haben Bankkonten von 20 Bürgern der Ukraine gesperrt, meldet AFP am Freitag.

Bei den Inhabern der gesperrten Konten handelt es sich nach Angaben der Schweizer Bankaufsichtbehörde FINMA um Janukowitsch, Ex-Premier Nikolai Asarow und den früheren Chef der Präsidentenadministration Andrej Klujew.

Darüber hinaus hat die Genfer Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, bei dem es um den Verdacht einer Geldwäsche durch Viktor Janukowitsch und seine Familienangehörigen geht.

Am Donnerstag wurden Büroräume des Unternehmens durchsucht, das vermutlich Janukowitschs Sohn Alexander gehört, so AFP unter Berufung auf einen Sprecher der Behörden des Kantons Genf.

16:02

Die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine beabsichtigt, die Frage der Auslieferung des zu der internationalen Fahndung ausgeschriebenen Bürgers der Ukraine, Viktor Janukowitsch, aufzuwerfen, heißt es auf der offiziellen Webseite der ukrainischen Behörde.

Im Falle einer offiziellen Bestätigung der Informationen über Janukowitschs Aufenthalt auf dem Territorium der Russischen Föderation wird seine Auslieferung angefordert, heißt es auf der Website.

Die Generalstaatsanwaltschaft erinnert daran, dass früher die Hauptermittlungsverwaltung Janukowitsch wegen der vorsätzlichen Massentötung, die nach einer vorhergehenden Verabredung durch eine Gruppe von Personen begangen wurde, und wegen des Macht- und Amtsmissbrauchs für einen Verdächtigen erklärt hat”.

15:48

Weißrussland könnte politisch verfolgten Bürgern der Ukraine das Asylrecht gewähren, wie der weißrussische Außenminister Wladimir Makej am Freitag in Riga nach einem Treffen mit seinem lettischen Amtskollegen Edgar Rinkevics sagte.

„Wenn wir uns davon überzeugen, dass solche Verfolgungen nur aus formellen Gründen, wegen anderslautender politischer Ansichten geschehen, könnten wir solchen Menschen möglicherweise politisches Asyl gewähren“, zitiert der Pressedienst des weißrussischen Außenministeriums Makej. Dem Minister zufolge hat noch kein ukrainischer Bürger Weißrussland um politisches Asyl ersucht. Soviel er wisse, hielten sich keine Anhänger von Präsident Viktor Janukowitsch in Weißrussland auf, ergänzte Makej.

Der Minister betonte, dass Weißrussland die jüngsten Vorgänge in der Ukraine negativ bewerte. „Die Ukraine ist unser südlicher Nachbar. Wir sind durch Handels- und Wirtschaftsbeziehungen eng miteinander verbunden. Wir sprechen faktisch eine Sprache und unsere beiden Völker sind einander sehr nah. Deshalb empfinden wir das Geschehen in der Ukraine als Tragödie“, so Makej. Weißrussland sei daran interessiert, dass die Ukraine auch weiterhin ein souveräner, unabhängiger und territorial ganzheitlicher Staat bleibe, so der Minister.

15:28

Das Strafverfahren gegen die ehemalige Premierministerin der Ukraine, Julia Timoschenko, wegen des finanziellen Missbrauchs in der Korporation „Einheitliche Energiesysteme der Ukraine“ ist aus Tatbestandsmangel geschlossen worden.

Die entsprechende Entscheidung traf heute das Bezirksgericht in Kiew. Darüber hinaus wurde die Verhaftung des gesamten Vermögens von Julia Timoschenko, die in den 90er Jahren die Korporation geleitet hatte, aufgehoben.

Am 22. Februar wurde Julia Timoschenko aus dem Gefängnis entlassen, wo sie wegen der Überschreitung ihrer Vollmachten bei der Unterzeichnung von Gaslieferverträgen mit Russland im Jahr 2009 eine siebenjährige Haftstrafe abgeübt hatte.

Um die Ex-Premierministerin freizulassen, nahmen die Mitglieder des ukrainischen Parlaments eine Entschließung über die „Umsetzung der internationalen Verpflichtungen der Ukraine zur Freilassung von Julia Timoschenko“ an.

15:17

Die Ukraine beim US-Sicherheitsrat beantragt, in einer außerordentlichen Sitzung die Situation auf der Krim zu behandeln und Maßnahmen im Falle einer Verletzung der territorialen Integrität der Halbinsel zu ergreifen, heißt es in einem Beschluss der ukrainischen Parlaments am Freitag.

„Wir fordern von den Staaten, die gemäß dem Budapester Memorandum als Garanten auftreten, den UN-Sicherheitsrat bei der Überwachung der Situation in einzelnen Landesteilen der Ukraine, darunter auch auf der Krim, zu unterstützen“,

teilte der ukrainische Interimspräsident und Parlamentschef Alexander Turtschinow mit.

„Es ist eine Situation, die den Weltfrieden und die internationale Sicherheit gefährden kann. Im Falle einer Eskalation fordern wir von den Garanten (Russland, USA und Großbritannien), auf umgehende Aktionen des UN-Sicherheitsrates zu bestehen, um der Ukraine als Mitglied des Atomwaffensperrvertrages sowie Nichtkernwaffenstaat Hilfe zu erweisen.“

„Das Parlament der Ukraine wendet sich an den UN-Sicherheitsrat mit dem Vorschlag, eine Sitzung einzuberufen, um die genannten Probleme im Sinne der Erklärung des Weltsicherheitsrats vom 20. Juli 1993 zu erörtern“, fügte Turtschinow an.

14:59

Das ukrainische Parlament, die Oberste Rada, geht auf alle Bedingungen ein, die für den Erhalt der IWF-Kredite notwendig sind. Dies gab der ukrainische Interimspremier Arseni Jazenjuk bekannt.

Dabei gab er zu, dass „das Bild in der Wirtschaft sehr traurig ist“ und rief die Bürger des Landes auf, Ruhe zu behalten.

Gleichzeitig teilte der Chef der ukrainischen Zentralbank, Stepan Kubiw, mit, das Land habe das Geld zur Kredittilgung. Er bestätigte außerdem, die IWF-Mission werde nächste Woche die Ukraine besuchen, um die Situation vor Ort im Zusammenhang mit der eventuellen Kreditvergabe zu prüfen.

14:56

Die Marinesoldaten der russischen Schwarzmeerflotte haben ihren ständigen Stationierungsort auf der Krim nicht verlassen, teilte ein ranghoher Vertreter des Stabs der Flotte am Freitag RIA Novosti mit.

„Die auf der Krim stationierten Angehörigen der Schwarzmeerflotte – sei das in Sewastopol, in Simferopol oder Feodossija, wurden nicht verlegt. Eine solche Aufgabe wurde ihnen nicht gestellt und kann ihnen auch nicht gestellt werden“, hieß es.

Alle Bewegungen der Truppen und des Kriegsgeräts werden immer ordnungsgemäß abgestimmt, fügte er hinzu.

14:53

Der weißrussische Außenminister Wladimir Makej hat seine Besorgnis über das Verschwinden von Waffen aus Arsenalen des ukrainischen Innenministeriums geäußert.

„Die Situation an unseren Südgrenzen ruft bei uns Besorgnis hervor, weil riesige Mengen von Waffen, darunter aus Arsenalen des Innenministeriums und der Streitkräfte der Ukraine in die Hände von unbekanntem Personen geraten sind“, sagte Makej am Freitag bei Verhandlungen mit seinem lettischen Amtskollegen. „Es ist unklar, wo diese Waffen auftauchen können.“

„Die Ukraine ist kein Syrien und kein Libyen, die von Europa weit entfernt sind. Die Ukraine liegt an der Grenze zur EU. Unsere gemeinsame Aufgabe besteht darin, darauf hinzuwirken, dass dieser innere ukrainische Konflikt möglichst bald beendet wird.“

14:50

Der amtierende ukrainische Präsident und Parlamentschef Alexander Turtschinow hat am Freitag Juri Iljin, den Generalstabschef und Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, abgesetzt, teilt die Webseite des Staatschefs mit.

Vor einigen Tagen hatte Iljin vor, mit dem Chef der Stadtadministration von Sewastopol, Fjodor Rubanow, Konsultationen abzuhalten, um das Zusammenwirken der Streitkräfte mit den örtlichen Behörden zu besprechen. Später wurde allerdings die Reise auf die Krim kurzfristig gestrichen.

14:35

Die Anfrage des ukrainischen Parlaments an den UN-Sicherheitsrat war ein Versuch, die eigenen Handlungen zu legitimieren und Druck auf die Bevölkerung der Krim auszuüben, erklärte der Leiter des Auswärtigen Duma-Ausschusses, Alexej Puschkow.

Ihm zufolge versteht die Oberste Rada, dass das Volk die Legitimität ihrer Handlungen bezweifelt. Die neuen Gesetze wurden unter Zeitdruck verabschiedet und Viktor Janukowitsch wurde unter einem Vorwand vom Präsidentenposten abgesetzt, meint er.

Am Freitag wandte sich Kiew an den UN-Sicherheitsrat mit der Bitte, eine Sondersitzung durchzuführen, die Situation auf der Krim zu überprüfen und im Falle der Verletzung ihrer Souveränität entsprechende Maßnahmen zu treffen.

14:12

Trotz der angespannten Finanzlage in der Ukraine hat die Regierung laut Premier Arseni Jazenjuk nicht vor, sich in die Tätigkeit der Nationalbank einzumischen.

Die Finanzsituation der Ukraine sei momentan unter Kontrolle, teilte Jazenjuk am Freitag in einer Pressekonferenz mit.

Sobald sich die Lage stabilisiert habe, werde die Regierung die Nationalbank wie auch die Geschäftsbanken darum ersuchen, der ukrainischen Wirtschaft Kredite zu gewähren.

13:45

Das ukrainische Parlament hat die Unterzeichnerstaaten des Budapester Memorandums aufgerufen, die Sicherheit und die territoriale Integrität der Ukraine zu gewährleisten.

Für das Gesuch stimmten am heutigen Freitag von den 226 benötigten 230

Abgeordneten der Obersten Rada ab.

Das Budapester Memorandum ist ein internationaler Vertrag, der am 5. Dezember 1994 geschlossen worden war. In dem Dokument hatten sich die USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Russland und China als Gegenleistung für einen Nuklearwaffenverzicht verpflichtet, die wirtschaftliche und politische Sicherheit Kasachstans, Weißrusslands und der Ukraine zu gewährleisten.

13:27

Die russische Staatsduma (Parlamentsunterhaus) will nicht nur die Einbürgerung von Ukrainern, sondern auch die Eingliederung neuer Mitglieder der Föderation erleichtern, schreibt die Zeitung „Kommersant“ am Freitag.

Nach jetzigem Stand kann der Beschluss über die Eingliederung eines anderen Landes bzw. eines Teils davon nach gegenseitigem Einverständnis erfolgen und durch einen völkerrechtlichen Vertrag bestätigt werden. Bei einem vereinfachten Verfahren würde für die Eingliederung allein der Wille des Volkes in Form eines Referendums ausreichen.

Laut dem Vizevorsitzenden der Fraktion von „Gerechtes Russland“, Michail Jemeljanow, soll ein entsprechender Gesetzentwurf dem Parlament vorgelegt werden.

Eine Delegation der Regierungspartei „Geeintes Russland“ mit Fraktionschef Wladimir Wassiljew an der Spitze ist bereits auf der Krim eingetroffen, um sich ein Bild von der angespannten Lage zu machen. Auch der Vorsitzende der Partei „Gerechtes Russland“, Sergej Mironow, ist auf die Halbinsel gereist. Der Chef der Liberal-Demokratischen Partei Russlands (LDPR), Wladimir Schirinowski, wird heute dort erwartet.

13:08

Die Information über die Teilnahme russischer Militärs am Absperren des Flughafens Belbek wurde im Pressedienst der russischen Schwarzmeerflotte dementiert.

„Mit Rücksicht auf die instabile Lage, die sich um den Standort der Schwarzmeerflotte auf der Krim gebildet hat, wurde deren Schutz tatsächlich von Anti-Terror-Formationen verstärkt“, hieß es.

Der Flughafen Belbek befindet sich neben der Stadt Sewastopol in der Autonomen ukrainischen Republik Krim. Nach den jüngsten Angaben wird er seit Donnerstag von auf der Krim gebildeten Verteidigungstruppen kontrolliert.

13:00

Der neugewählte Regierungschef der Autonomen Republik Krim im Bestand der Ukraine, Sergej Aksjonow, hat bekanntgegeben, er halte Viktor Janukowitsch für den legitimen Landespräsidenten und werde sich ihm unterstellen.

Der Machtwechsel in der Ukraine hatte am vergangenen Wochenende stattgefunden.

Das ukrainische Parlament, die Oberste Rada, hatte Janukowitsch entmachtet. Die Neuwahlen des Präsidenten sollen am 25. Mai durchgeführt werden.

12:38

„Ich würde vorschlagen, die Venedig-Kommission um eine Einschätzung der Legitimität der ukrainischen Regierung und deren Entscheidungen zu bitten“, erklärte der Vorsitzende der russischen Staatsduma Sergej Naryschkin.

Er kündigte außerdem die Bildung einer Arbeitsgruppe an, die die Entscheidungen der Staatsduma zur Ukraine einschätzen soll.

„Die Interparlamentarische Versammlung der GUS-Mitgliedstaaten könnte die Qualität der von der Ukraine verabschiedeten Gesetze ebenfalls überprüfen“, fuhr Naryschkin fort.

Ferner unterstrich er, dass sich die russische Staatsduma jederzeit zu einer Sondersitzung zur Situation in der Ukraine versammeln kann.

Die Venedig-Kommission (Europäische Kommission für Demokratie durch Recht) ist ein vom Europarat gegründetes Beratungsorgan.

12:23

Der heutige Freitag ist bereits der zweite Tag, der im Ministerrat der Krim für arbeitsfrei erklärt wurde, verlautete aus dem Pressedienst der Krim-Regierung. Das

Regierungsgebäude wird weiterhin von den „Selbstverteidigungskräften der russischsprachigen Bevölkerung“ der Halbinsel kontrolliert.

„Uns wurde gesagt, dass wir eventuell zurück ins Büro gerufen werden können“, teilte die Mitarbeiterin des Pressedienstes Irina Krasnowa RIA Novosti telefonisch mit. Am Vortag hatte das Krim-Parlament den bisherigen Premier Anatoli Mogiljow abgesetzt und Sergej Axjonow, Chef der Partei Russische Einheit, zum neuen Ministerpräsidenten der Autonomen Republik Krim ernannt.

Die Gebäude des Parlaments und des Ministerrates der Krim sind weiterhin von der Polizei abgeriegelt.

Über den beiden Gebäuden wehen seit Donnerstag die Flaggen der Autonomen Republik der Krim und der russischen Föderation.

11:55

Konten von 18 ukrainischen Bürgern sind jetzt für unbestimmte Zeit in den österreichischen Banken gesperrt, teilt die Nachrichtenagentur APA am Freitag unter Berufung auf das Außenministerium in Wien mit.

Namen der betroffenen Personen wurden nicht genannt.

Die Kontensperrung wurde nach Absprache mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EEAS), dem Bundeskanzleramt und dem Finanzministerium in Wien

vorgenommen. Es handle sich um eine zeitweilige Sicherheitsmaßnahme bis zur Annahme entsprechender Beschlüsse durch die EU, hieß es.

Es wurde nicht konkretisiert, um welche „Beschlüsse“ es sich handelt.

11:04

Die Krim-Bevölkerung hat laut dem russischen Parlamentsabgeordneten Alexej Puschkow das Recht, ein Referendum zur Festlegung des Status der Autonomen Republik durchzuführen, betonte der russische Politiker.

In der ukrainischen Autonomen Republik Krim beginnt am 28. Februar die Bildung einer neuen Regierung. Dies teilte der neue Premier der Autonomie, Leiter der Partei „Russische Einheit“, Sergej Aksjonow mit, der am Vortag vom Parlament in diesem bestätigt worden war.

Vorher hatten die Abgeordneten die vorherige Regierung aufgelöst und das Referendum über den Status der Autonomie für 25. Mai angesetzt. Am gleichen Tag sollen auch Präsidentenwahlen in ganz Ukraine durchgeführt werden.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der Staatsduma, Unterhaus des russischen Parlaments, Puschkow bezeichnete am Freitag das Referendum als eine „viel gesetzkonformere Art der Statusänderung als der spontane Maidan“.

11:03

Im Zeitraum von 18. bis 28. Februar haben sich bei medizinischen Einrichtungen in Kiew 876 Personen als verletzt gemeldet.

588 von ihnen mussten in Krankenhäusern behandelt werden. Dies teilt der Pressedienst des ukrainischen Ministeriums für Gesundheitswesen mit.

„Seit Beginn der Konfrontation sind 82 Menschen ums Leben gekommen“, heißt es in der Mitteilung, die auf der offiziellen Web-Seite des Ministeriums veröffentlicht wurde. In den letzten 24 Stunden seien 44 Personen verletzt und 35 von ihnen seien in die Krankenhäuser gebracht worden.

Früher hatte das Ministerium von 832 Verletzten und 82 Toten während der Krawalle in Kiew berichtet.

10:32

Die Legitimität der Entmachtung des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch ist laut dem Chef des Auswärtigen Ausschusses der russischen Staatsduma, Alexej Puschkow äußerst zweifelhaft.

Wie der russische Parlamentsabgeordnete ausführte, erklärten sich die Spitzenpolitiker der ukrainischen Opposition bei der Unterzeichnung einer Vereinbarung mit Janukowitsch in Anwesenheit der EU-Vertreter am 21. Februar damit einverstanden, dass er bis zur nächsten Präsidentenwahl im Amt bleibt.

„Die Oberste Rada (ukrainisches Parlament) hat jedoch schon am nächsten Tag

erklärt, Janukowitsch erfülle seine Verpflichtungen nicht“, sagte Puschkow. Unter dem Druck der Opposition habe die Rada begonnen, „den revolutionären Prozess zu beschleunigen“, so Puschkow.

Die russischsprachige Bevölkerung in der Ukraine habe allen Grund zu befürchten, dass sie in der „neuen“ ukrainischen Demokratie zu Parias, zu Ausgestoßenen würden, warnte der russische Politiker.

09:57

Das ukrainische Außenministerium hat Viktor Junukowitsch dafür verantwortlich gemacht, dass das vor einer Woche geschlossene Abkommen über die Regelung im Lande nicht erfüllt wurde, und aufgerufen, die Situation im Lande objektiv zu bewerten.

Damit nahm es Stellung zu einer Erklärung des russischen Außenamtes vom Vortag, in der darauf verwiesen wurde, dass das Abkommen vom 21. Februar nicht erfüllt wurde. Außerdem stellte das russische Außenministerium fest, dass in die neue Regierung in der Ukraine „Vertreter von National-Extremisten“ aufgenommen wurden. Des Weiteren wurden die ukrainischen Behörden aufgerufen, Schändungen von orthodoxen Kirchen und Denkmälern für die Helden des Großen Vaterländischen Krieges sowie anderen Denkmälern zu verhindern.

Große Besorgnis riefen in Moskau auch das Außerkraftsetzen des Sprachengesetzes und Initiativen hervor, die „zu einer weiteren Beeinträchtigung der Rechte der Minderheiten, zur Einschränkung der Medienfreiheit und zum Verbot der Tätigkeit einzelner politischer Parteien führen“.

„In der Ukraine wird dem Abkommen vom 21. Februar über die Regelung der Krise große Bedeutung beigemessen“, heißt es in der Erklärung des ukrainischen Außenministeriums. Das Parlament „unternimmt konsequent Schritte, die dieses Abkommen vorsieht“. „Die gesamte Verantwortung für die Nichteinhaltung des Abkommens“ trage Janukowitsch. Er sei „des Amtes enthoben worden“, weil er „sich selbst in einer für den Staat besonders verantwortungsvollen Zeit seiner Vollmachten entledigt hatte“.

09:34

Russlands Präsident Wladimir Putin hat die russische Regierung beauftragt, Kontakte mit den ukrainischen Partnern fortzusetzen sowie das Thema humanitäre Hilfe an die Krim im Zusammenhang mit dem diesbezüglichen Ersuchen deren Behörden durchzuarbeiten.

Wie Pressesprecher des russischen Staatschefs, Dmitri Peskow am Donnerstag mitteilte hatte Putin außerdem die Regierung aufgefordert, die Konsultationen über Finanzhilfen an Kiew mit ausländischen Partnern, einschließlich IWF, durchzuführen.

Wie Putins Pressesekretär Dmitri Peskow mitteilte, soll außerdem die Frage der humanitären Hilfe für die Krim im Zusammenhang mit einem entsprechenden Appell der ukrainischen Autonomie geprüft werden.

Das Problem der Finanzhilfe für die Ukraine soll unter anderem mit den G8-Ländern behandelt werden, so Peskow. An der humanitären Hilfe für die Krim sollen russische Regionen teilnehmen.

08:49

US-Vizepräsident Joe Biden hat dem neuen ukrainischen Premier Arseni Jazenjuk versichert, dass die USA die geplanten Reformen in der Ukraine unterstützen wird.

„Der Vizepräsident betonte, dass die USA ihre umfassende Unterstützung der Reformen in der Ukraine unterstützen werden, die erforderlich sind, um das Wirtschaftswachstum zu ermöglichen“, heißt es in einer Mitteilung des Weißen Hauses.

Außerdem betonte Biden bei dem Telefongespräch mit Jazenjuk, die USA würden es begrüßen, wenn Kiew offene und konstruktive Beziehungen mit seinen Nachbarn anstreben wird.

Wie der US-Vizepräsident betonte, würde die Bildung der Regierung der Ukraine die Möglichkeit bieten, Vertrauen zu den demokratisch gewählten Instituten im Vorfeld der für Ende Mai angesetzten vorgezogenen Präsidentenwahlen wiederherzustellen.

08:25

Die Ukraine wird laut dem neuen Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk innenpolitische Konflikte mit friedlichen Mitteln beilegen.

„Wir werden alle Konflikte auf politischem Wege lösen“, versprach Jazenjuk am Donnerstag in Kiew. „Wer uns in eine Konfrontation zu verwickeln versucht, der wird scheitern.“

Arsenij Jazenjuk, Fraktionschef der prowestlichen Partei „Batkiwschtschina“, war am Donnerstag von der Obersten Rada (Parlament) zum neuen Ministerpräsidenten bestimmt worden. Zuvor hatten Gerüchte die Runde gemacht, dass die neue Führung in Kiew die prorussischen Stimmungen auf der Schwarzmeer-Halbinsel Krim mit der Armee unterdrücken wolle.

27. Februar

23:16

Die Bruttoauslandsverschuldung der Ukraine hat Ende 2013 140 Milliarden US-Dollar oder etwa 80 Prozent des BIP erreicht, dabei macht der Anteil der kurzfristigen Schulden 65 Milliarden US-Dollar aus, heißt es in einem Programm der Regierung der Ukraine, das am Donnerstag veröffentlicht und gebilligt wurde.

Laut dem Programm sind die kurzfristigen Schulden mehr als viermal so hoch wie Gold- und Devisenreserven des Landes, die bis zu 15 Milliarden US-Dollar zurückgegangen sind.

22:45

Die russische Schwarzmeerflotte befasst sich mit Kampfausbildung, deswegen drohen ihre Handlungen der Ukraine nicht, erklärte der stellvertretende Verteidigungsminister Anatoli Antonow gegenüber Journalisten am Donnerstag.

„Zurzeit befassen sich alle Verbände und Formationen mit Alltagsaktivität, unter anderem mit Kampfausbildung. Solche Handlungen stellen keine Gefahr dar und sind rechtlich nicht beschränkt“, sagte Antonow.

22:14

Die Ukraine rechnet mit weiterer Zusammenarbeit mit Russland sowohl im Haushalts- als auch im Gassektor, erklärte der Finanzminister des Landes Alexander Schlapak, nachdem ihn die Oberste Rada im Amt bestätigt hatte.

Dem neuen Premierminister Arseni Jazenjuk zufolge sollte man dringend mit dem IWF zur Fortsetzung der Finanzierung des Landes verhandeln. Die Regierung redet von einer Hilfe in Höhe von mindestens 15 Milliarden US-Dollar. Das Geld ist notwendig, um die Schulden nach den Mitteln auszuzahlen, die die Regierung von Asarow und Janukowitsch gestohlen worden waren, sagte Jazenjuk.

22:00

Die Ukraine wird laut dem neuen Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk innenpolitische Konflikte mit friedlichen Mitteln beilegen.

„Wir werden alle Konflikte auf politischem Wege lösen“, versprach Jazenjuk am Donnerstag in Kiew. „Wer uns in eine Konfrontation zu verwickeln versucht, der wird scheitern.“

Arsenij Jazenjuk, Fraktionschef der prowestlichen Partei „Batkiwschtschina“, war am Donnerstag von der Obersten Rada (Parlament) zum neuen Ministerpräsidenten bestimmt worden. Zuvor hatten Gerüchte die Runde gemacht, dass die neue Führung in Kiew die prorussischen Stimmungen auf der Schwarzmeer-Halbinsel Krim mit der Armee unterdrücken wolle.

21:42

Der Machtwechsel solle in jedem Land dem Gesetz entsprechen; was in der Ukraine passiert ist, stimmt nicht mit der Verfassung überein, erklärte der Sprecher der russischen Staatsduma Alexei Naryschkin während seines Besuchs in der Türkei am Donnerstag.

„Als Vorsitzender des höheren gesetzgebenden und Repräsentativorgans bin ich der Meinung, dass ein jeder Machtwechsel im Rahmen des Gesetzes und der Verfassung und nicht mit Argumenten wie Baseballschläger, Eisenstangen, Pflastersteinen und Molotow-Cocktails verlaufen soll“, sagte Naryschkin.

21:12

Die neue Regierung in Kiew hofft, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) das

krisengebeutelte Land mit mindestens 15 Milliarden US-Dollar unterstützt.

„Wir hoffen auf mindestens 15 Milliarden US-Dollar“, sagte der neue Finanzminister, Alexander Schlapak, am Donnerstag. Er erwarte, dass eine IWF-Mission schon in der nächsten Woche die Ukraine besuche und dass auch die „finanzielle Zusammenarbeit“ mit Russland wiederaufgenommen werde.

IWF-Chefin Christine Lagarde sagte am Donnerstag zur Agentur Reuters, dass der Fonds demnächst Vertreter zur Einschätzung der ökonomischen Situation in die Ukraine entsenden werde.

Russland hatte im Dezember den Gaspreis für die krisengebeutelte Ukraine um ein Drittel auf 268,5 US-Dollar pro 1000 Kubikmeter gesenkt. Zudem verpflichtete sich Moskau, ukrainische Bonds für 15 Milliarden US-Dollar zu kaufen. Nach dem erzwungenen Machtwechsel in Kiew sah Russland vom Kauf weiterer Wertpapiere vorerst ab, bis eine neue Regierung in Kiew stehe und ihr Programm vorstelle.

21:11

Der Oberste Rat (Parlament) der Krim hat für den 25. Mai eine Volksbefragung über die Erweiterung der Vollmachten der Autonomie angesetzt.

Die Frage beim Volksentscheid lautet: „Unterstützen Sie die staatliche Selbstbestimmung der Krim als Teil der Ukraine auf der Grundlage der internationalen Verträge und Abkommen?“

„Für die Ansetzung des Referendums stimmten 61 Abgeordnete. Im Sessionssaal waren 64 Menschen“, teilte ein Mitarbeiter des Pressedienstes des Obersten Rates der Krim mit.

20:48

Das russische Außenministerium hat internationale Partner, die die Auftritte der Opposition in der Ukraine gefördert haben, aufgefordert, die Verantwortung für die Vereinbarung zur Regelung der Situation zu erkennen.

„Wir rufen jene ausländischen Partner auf, die zunächst die Auftritte der Opposition ermutigt und die Vereinbarung vom 21. Februar initiiert und unterstützt haben, ihre Verantwortung für ihre Umsetzung in vollem Maße zu erkennen. Aussagen, dass dieses Dokument bereits seine Rolle gespielt habe, sind nicht ernsthaft“, heißt es in einer Erklärung des russischen Ministeriums.

20:12

Der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch, der seine Entmachtung durch das Parlament als rechtswidrig ablehnt, wird nach Angaben aus seiner Umgebung am morgigen Freitag im russischen Rostow am Don eine Pressekonferenz geben.

Die Konferenz beginne um 17:00 Uhr Moskauer Zeit (13:00 Uhr MEZ), hieß es. Der genaue Ort werde noch bekannt gegeben.

19:18

Der neue ukrainische Premierminister Arseni Jazenjuk meldet den Transfer von etwa 70 Milliarden US-Dollar in Steueroasen seitens der früheren Regierung in den letzten drei Jahren. Das erklärte er am Donnerstag in der Obersten Rada vor den Wahlen des Regierungschefs.

„Nun ist es klar, dass es sich um das Geld handelt, das als Kredite mit Staatsgarantie erhalten wurde“, sagte Jazenjuk.

19:03

Die Oberste Rada der Ukraine hat den Vorschlag des Premierministers der Ukraine, Arseni Jazenjuk, über die Ernennung der Mitglieder des neuen Ministerkabinetts genehmigt.

Es wird berichtet, dass die Abgeordneten gleich die ganze Zusammensetzung der Regierung abgestimmt haben. Für diese Entscheidung stimmten 331 Abgeordnete.

Dem Sprecher des Parlaments Alexander Turtschinow zufolge gehören die meisten neu gewählten Minister keiner politischen Partei an.

Zuvor hatte die Oberste Rada der Ukraine den Anführer der Partei Batkiwtschyna, Arsenij Jazenjuk, als Premierminister der Ukraine bestätigt.

17:48

„Im Zusammenhang mit Behauptungen über Verstöße gegen die grundlegenden Vereinbarungen über die Schwarzmeerflotte durch die russische Seite erklären wir, dass die Schwarzmeerflotte Russlands sich in der heutigen komplizierten Situation an diese Abkommen strikt hält“, teilte am Donnerstag die Abteilung für Information und Presse des russischen Außenministeriums mit.

„Die Verlegung einzelner gepanzerter Fahrzeuge der Schwarzmeerflotte erfolgte in vollem Einklang mit den grundlegenden Vereinbarungen und erforderte keine Genehmigung“, heißt es in der Mitteilung.

Der Interimspräsident der Ukraine Alexander Turtschinow hatte früher die Angehörigen der russischen Schwarzmeerflotte, die sich auf der Krim aufhalten, aufgefordert, die Gegenden nicht zu verlassen, die von den geltenden bilateralen Vereinbarungen festgelegt sind.

17:44

Russland, die USA und Großbritannien müssen laut Arseni Jazenjuk, Fraktionschef der Vaterlandspartei von Ex-Premierministerin Julia Timoschenko, als Garanten der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine agieren.

Dies äußerte er am Donnerstag in seiner Rede vor dem ukrainischen Parlament (Werchowna Rada), nachdem er als Kandidat für das Amt des Premierministers vorgeschlagen worden war.

Dem Budapester Memorandum zufolge „übernehmen Russland, die USA und

Großbritannien als Garanten die Verantwortung dafür, dass sie keine Militärkonflikte zulassen und dass kein Nachbarland nie und unter keinen Umständen sich in die inneren Angelegenheiten der Ukraine einmischen wird“, so Jazenjuk.

Jazenjuk verwies auf „separatistische Versuche, in erster Linie auf dem Territorium der Autonomen Krim-Republik“.

17:28

Das ukrainische Parlament hat Arseni Jazenjuk am Donnerstag im Amt des Ministerpräsidenten bestätigt.

Der Fraktionschef der Partei „Batkiwschtschina“ war von der Koalition „Europäische Wahl“ aufgestellt worden, die am selben Tag von der Obersten Rada ins Leben gerufen worden war.

Für Jazenjuk als Regierungschef haben 371 Abgeordnete bei notwendigen 226 Stimmen votiert.

17:08

Kiew hat die Nato nicht um spezifische Hilfe im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Ukraine ersucht, teilte Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen am Donnerstag mit.

„Bei dem heutigen Treffen der Kommission Nato-Ukraine haben wir unsere Absicht bekräftigt, unsere Partnerschaft im Rahmen der Kommission zu entwickeln“, sagte der Generalsekretär nach der Tagung der Kommission. „Wir haben eine hervorragende Zusammenarbeit mit der Ukraine im Bereich der Reformierung des Verteidigungssektors. Die Ukraine nimmt an Nato-Operationen teil. Heute haben beide Seiten erneut bekräftigt, dass wir weiterhin bereit sind, unsere Beziehungen zu entwickeln.“

Wie Rasmussen hinzufügte, betrachtet die Allianz die jetzige großangelegte Alarmübung der russischen Truppen nicht im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine. „Die Russen haben uns über diese Übung informiert und klar zu verstehen gegeben, dass diese in keiner Beziehung zu den Ereignissen in der Ukraine stehen“, betonte er.

17:07

Der Vorsitzende des ukrainischen Parlaments und Übergangspräsident Alexander Turtschinow hat am Donnerstag die Bildung der Koalition „Europäische Wahl“ in der Obersten Rada bekannt gegeben.

„Laut Artikel 83 der Verfassung der Ukraine will ich verkünden, dass am 27. Februar die Koalition ‚Europäische Wahl‘ gebildet und registriert wurde“, so der pro-europäische Politiker.

Ihm zufolge vereint die Koalitionsmehrheit 250 Abgeordnete bei einem erforderlichen Minimum von 226 Mandaten.

Die Oberste Rada wird nun über die Bildung einer „Regierung des Volksvertrauens“ entscheiden.

16:52

Menschen kommen weiterhin zu dem Parlamentsgebäude und verlangen von dem Obersten Rat der Krim, eine Sitzung abzuhalten. Vor dem Parlamentsgebäude halten sich nicht weniger als 1.500 Menschen auf.

Die Demonstranten skandieren Parolen: „Russland!“, „Wir sind für die Krim!“ Die meisten Teilnehmer der Aktion sind Männer im jungen und mittleren Alter. An der Kleidung vieler von ihnen sind St. Georges-Bänder befestigt, die als Erkennungszeichen verwendet werden.

16:51

Der Milliardär George Soros hat die Top-Politiker der Europäischen Union aufgerufen, einen dringenden Hilfsplan für die Ukraine nach der Art des „Marshall-Plans“ zu beschließen.

Wie er in einem am Donnerstag veröffentlichten Offenen Brief betonte, sollte Deutschland bei der Umsetzung eines solchen Plans tonangebend sein. Der Plan soll Kredite europäischer Geschäftsbanken an ukrainische Unternehmen sowie Trainings und Konsultationen für das ukrainische Top-Management im Austausch gegen Anteile an diesen Unternehmen bzw. gegen Gewinnbeteiligungen vorsehen.

Soros verwies darauf, dass seine Stiftung Renaissance Foundation, die seit 1990 in der Ukraine tätig ist, mit den jüngsten Unruhen in diesem Land in keiner Beziehung steht. Zugleich räumte er ein, dass die Stiftung „diejenigen in Schutz genommen hat, die von offiziellen Repressionen betroffen waren“.

Nach dem Auseinandertreiben der Kundgebung am 30. November 2013 hatte die Stiftung die Einstellung der Zusammenarbeit mit den ukrainischen Behörden bekanntgegeben. Nun sei aber Renaissance Foundation bereit, das Streben der Ukrainer nach der Herstellung demokratischer Institute zu unterstützen. Für die Ukraine seien „diversifizierte Wirtschaft“ und „hohe Qualität des Humankapitals“ kennzeichnend, deshalb sei das Land potentiell als Objekt für Investitionen interessant.

16:33

Der neue Oberbürgermeister von Sewastopol, Alexej Tschaly, ist am Donnerstag mit dem Generalstabschef des ukrainischen Verteidigungsministeriums und anderen Vertretern der bewaffneten Strukturen zusammengetroffen. Beide Seiten betonten ihre Absicht, eine friedliche Regelung der Situation auf der Krim zu finden, teilt die Webseite des Koordinierungsrates der Sewastopoler Stadtverwaltung mit.

„Alle Seiten bekräftigten ihr Interesse an einer friedlichen Entwicklung, die beliebige Szenarien einer Gewaltanwendung ausschließen würde“, heißt es in der Mitteilung.

15:29

Moskau hat auf die Proteste der prorussischen Demonstranten auf der ukrainischen Halbinsel Krim prompt reagiert, schreibt die Zeitung „Kommersant“ am Donnerstag.

Die russische Regierung forciert mehrere Investitionsprojekte auf der Krim, die bereits vor dem Machtwechsel in Kiew beschlossen worden waren. Russlands Handels- und Industriekammer soll Investoren finden, die mehr als fünf Milliarden Dollar in Projekte auf der Halbinsel investieren würden. Die Investoren erwägen diesen Schritt jedoch erst, wenn sich die politische Lage in der Ukraine beruhigt hat.

15:22

Der Kurs der ukrainischen Währung ist am Donnerstag ins Bodenlose gefallen. Eine der Ursachen dafür ist laut Finanzanalysten die Besetzung von Regierungsgebäuden auf der Krim durch die Selbstverteidigungskräfte der russischsprachigen Bevölkerung.

Im Vergleich zum Dollar erreichte die Ukrainische Griwna (UAH) einen neuen Tiefstand: Ein Dollar entsprach am Donnerstag Börsenangaben zufolge 11,1 bis 11,3 Griwna. Am Mittwochabend waren es noch 10,33-10,50 Griwna gewesen.

Das entspricht einem Zuwachs beim US-Dollar von etwa 35 Prozent verglichen mit dem Jahresbeginn.

15:13

Russland hat den entmachteten ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch inoffiziellen Angaben zufolge aufgenommen und ihm Schutz gewährt.

„Janukowitsch hat die russischen Behörden ersucht, seine persönliche Sicherheit zu gewährleisten“, hieß es aus russischen Regierungskreisen. „Dieser Bitte wurde auf dem russischen Territorium entsprochen.“

15:10

Die Umgebung von Viktor Janukowitsch hat den im Internet aufgetauchten angeblichen Text seiner Anordnung als Fälschung bezeichnet.

„Die angebliche Anordnung von Viktor Janukowitsch, die im Netz auftauchte und verbreitet wird, ist eine Fälschung“, sagte ein Insider aus der Umgebung von Janukowitsch, der erklärt hat, dass er ein legitimer ukrainischer Präsident ist.

14:56

Der entmachtete ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch hat die Lage in dem Land als „kriminelle Missstände“ bezeichnet, bei denen die ukrainische Führung vom Menschenhaufen gewählt wird.

Er brachte dabei seine Überzeugung zum Ausdruck, dass er in seinem Standpunkt durch die Bevölkerung im Südosten des Landes und auf der Krim unterstützt werde.

„Nun wird deutlich, dass das Volk im Südosten der Ukraine und auf der Krim die Machtlosigkeit und die faktisch kriminellen Missstände im Lande abstoßt, wenn die

Leiter der Ministerien durch einen Menschenhaufen auf dem Platz gewählt werden“, heißt es in der Erklärung von Janukowitsch.

14:50

Viktor Janukowitsch betrachtet sich weiterhin als den legitimen Präsidenten der Ukraine, heißt es in seinem Appell an das ukrainische Volk.

„Ich betrachte mich nach wie vor als das legitime Staatsoberhaupt, das auf der Grundlage einer freien Willensbekundung der ukrainischen Führung gewählt wurde“, heißt es in seinem Appell.

Janukowitsch bekundete seine Entschlossenheit, bis zum Schluss um die Umsetzung der Kompromiss-Vereinbarungen zur Überwindung der politischen Krise in der Ukraine zu kämpfen. Das am 21. Februar mit der Opposition in Anwesenheit von westlichen Partnern geschlossene Abkommen betrachtet der ukrainische Staatschef als nicht erfüllt.

Wie er mitteilte, hatte er der ukrainischen Armee nicht befohlen, sich in die innenpolitischen Ereignisse einzumischen. Das tue er auch jetzt nicht.

Wie er betonte, lehnt das Volk im Südosten der Ukraine und auf der Krim die Willkür ab, bei der Minister von einer Menschenmenge auf einem Platz gewählt werden.

Er hat nach eigenen Worten die russischen Behörden ersucht, seine Sicherheit vor Aktionen der Extremisten zu schützen, die in der Ukraine die Macht erobert haben.

14:45

Viktor Janukowitsch glaubt, dass das Abkommen, das am 21. Februar durch ihn und die Anführer der ukrainischen Opposition in Kiew unterzeichnet wurde, nicht erfüllt worden ist, heißt es in seiner Ansprache an das ukrainische Volk.

„Ich glaube, das Abkommen über die Regelung der ukrainischen Krise, das durch mich und die Anführer der ukrainischen Opposition in Anwesenheit der geehrten westlichen Partner unterzeichnet wurde, ist nicht erfüllt worden“, so Janukowitsch.

14:41

Wie der gestürzte ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch in seiner Botschaft an das ukrainische Volk mitgeteilt hat, hatte er der Armee die Einmischung in die innenpolitischen Geschehnisse in der Ukraine nicht befohlen und wird dies auch jetzt nicht tun.

„Falls jemand derartige Befehle den Streitkräften und Sicherheitskräften erteilen wird, werden solche Befehle gesetzwidrig und verbrecherisch sein“, heißt es in seiner Botschaft.

14:28

Polens Außenminister Radoslaw Sikorski ist den westlichen Medienberichten zufolge über die Zuspitzung der Lage auf der ukrainischen Halbinsel Krim besorgt. Er

befürchte, dass dies einen Konflikt von einem regionalen Maßstab auslösen könnte.

Es wird berichtet, dass Sikorski die Besetzung der Regierungsgebäude auf der Krim als eine radikale Entscheidung bezeichnet habe.

„Das ist ein radikaler Schritt. Und ich will diejenigen warnen, die ihn gewagt hatte, wie auch diejenigen, die denen eine solche Möglichkeit gegeben hatten, dass eben derartige Ereignisse die Regionalkonflikte auslösen“, sagte der polnische Minister. „Das ist ein sehr gefährliches Spiel“, fügte er hinzu.

14:15

Die USA rufen die Ukraine auf, die Rechte der Minderheiten zu schützen, erklärte der Pressesekretär des Weißen Hauses, Jay Carney.

„Wir rufen die Top-Vertreter der Ukraine auf, alles nur Mögliche zu tun, um die Sicherheit und die Menschenrechte aller Bürger, einschließlich der Rechte der Minderheiten zu schützen, sich zu verpflichten, die internationalen Verpflichtungen einzuhalten und von einer Politik Abstand zu nehmen, die Fehden hervorrufen kann.“

14:14

Der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch, der nach den Ereignissen in diesem Land von der Opposition für zurückgetreten erklärt wurde, hat die russischen Behörden um persönliche Sicherheit gebeten.

„Ich und meine Mitkämpfer bekommen Drohungen mit dem Tod. Ich muss die russischen Behörden bitten, mich vor Handlungen der Extremisten zu schützen“, heißt es in einer Erklärung von Janukowitsch.

13:52

Die Inlandstruppen und die Polizei sind wegen Besetzung des Parlaments und der Regierung der Krim in Alarmbereitschaft versetzt worden, schrieb der ukrainische Übergangsinnenminister Arsen Awakow am Donnerstag auf seinem Facebook-Account.

Die Besetzer seien seinen Worten zufolge mit automatischen Waffen und Maschinengewehren bewaffnet.

Der Premierminister der Autonomen Republik Krim Anatolij Mogiljow versuchte, mit den Personen, die den Ministerrat und den Obersten Rat der Krim besetzten, zu verhandeln. Aber die Verhandlungen scheiterten.

Die ukrainische Staatsanwaltschaft leitete ein Strafverfahren nach dem Artikel „Terroranschlag“ wegen der Besetzung des Obersten Rates und des Ministerrates der Krim ein.

13:41

Freie Wahlen führen nicht immer zu Demokratie, äußerte US-Außenminister John

Kerry in Bezug auf die jüngsten Ereignisse in der Ukraine, meldet AFP am Donnerstag.

In einem Journalistengespräch am Mittwoch verglich Kerry die Ereignisse in der Ukraine mit der Absetzung des ägyptischen Präsidenten Mohammed Mursi im vergangenen Juli.

Diese Beispiele beweisen, dass Wahlen alleine für die Herstellung eines demokratischen Regimes nicht ausreichend seien, so Kerry.

„Demokratie wird nicht allein durch Wahlen bestimmt. Es mag sein, Sie haben eine demokratisch gewählte Regierung, wobei Sie keine Reformen vornehmen, welche sich auf demokratische Prozeduren stützen und eine vollwertig funktionierende Demokratie gewährleisten.“

13:39

Vertreter der „Selbstverteidigungskräfte der russischsprachigen Bevölkerung“ der Halbinsel Krim haben am Donnerstag Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten der Autonomie, Anatoli Mogiljow, abgelehnt.

Am Donnerstagmorgen hatte eine Einheit der Selbstverteidigungskräfte die Gebäude des Parlaments und des Ministerrates der Krim in Simferopol besetzt.

Wie der Ministerrat auf seiner Webseite mitteilt, erklärten Vertreter dieser Kräfte bei einem Gespräch mit Mogiljow in der Eingangshalle des Regierungsgebäudes, sie seien „nicht bevollmächtigt, Verhandlungen zu führen und Forderungen zu stellen“.

Der Premier übergab ihnen seine Telefonnummern für weitere Kontakte und für die Regelung der Situation.

Wie RIA Novosti erfuhr, bezeichnen sich die Einheiten, die die Gebäude besetzt haben, als Kräfte der Selbstverteidigung der russischsprachigen Bevölkerung. Auf dem Territorium der Halbinsel bilden sich weitere Selbstverteidigungseinheiten, die sich nach Simferopol, dem Verwaltungszentrum der Autonomie, begeben.

13:31

Der Abgeordnete des ukrainischen Parlaments und Anwärter auf das Amt des Vizepremiers für die Integration mit der EU, Boris Tarassjuk (Fraktion Batkiwschtschina), schließt nicht aus, dass Kiew das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union demnächst unterzeichnen kann.

„Falls die Europäische Union auf der Unterzeichnung des Abkommens auf der Präsidentenebene bestehen wird, könnte dies sich auch nach der Präsidentenwahl hinziehen. Wenn solche Bedingung ausbleibt, so wäre, denke ich, die Regierung bereit, innerhalb von zwei bis drei Wochen das Abkommen zu unterzeichnen“, sagte Turtschinow.

13:06

Der Interimspräsident der Ukraine Alexander Turtschinow hat die Angehörigen der russischen Schwarzmeerflotte, die sich auf der Krim aufhalten, aufgefordert, die Gegend nicht zu verlassen, die von den geltenden bilateralen Vereinbarungen

festgelegt sind.

„Ich wende mich an die Führung der russischen Schwarzmeerflotte mit der Forderung – alle Angehörigen müssen in den Grenzen der Territorien bleiben, die von der Vereinbarung festgelegt sind. Beliebige Bewegungen außerhalb dieser Territorien werden als Militärangriff bewertet“, sagte er am Donnerstag im ukrainischen Parlament.

11:50

Die bewaffneten Menschen, die das Parlament der Autonomen Republik Krim besetzt haben, haben eine Lärmgranate vor dem Gebäude gezündet, als Journalisten ukrainischer, russischer, türkischer und anderer Weltmedien versucht haben, ins Parlament einzudringen.

„Eine Gruppe von Journalisten versuchte, ins Parlament einzugehen. Diejenigen, die das Gebäude besetzten, zündeten eine Granate. Man schrie „Geht fort, wir werden schießen! Innerhalb des Parlaments gibt es mindestens einen Scharfschützen“, teilte die Journalistin eines ukrainischen Fernsehsenders mit.

Am Donnerstagmorgen wurden das Parlament und der Ministerrat der Krim von bewaffneten Menschen besetzt. Über den Gebäuden wurden die russischen Flaggen gehisst. Auf der ganzen Halbinsel werden Selbstverteidigungsverbände gebildet, die sich nach Simferopol begeben.

10:34

Das Parlament und die Regierung der Autonomen Republik Krim sind am Donnerstagmorgen von bewaffneten Menschen besetzt worden.

Unbekannte brachen ins Gebäude ein, beseitigten die Sicherung und drangen ins Parlament ein, teilte ein Mitarbeiter des Pressedienstes des Parlaments der Autonomen Republik Krim mit. Vor dem Eingang ins Parlament wurde eine Barrikade aus Behelfsgegenständen (Holzpaletten, Mülltonnen usw.) errichtet. Das Parlament wurde von der Polizei abgesperrt.

Auch nahe dem Ministerrat der Autonomen Republik Krim befindet sich eine große Zahl von Polizisten. Die Polizei lässt die Menschen an das besetzte Gebäude nicht heran.

Über den beiden Gebäuden wurden die russischen Flaggen gehisst.

10:23

Das EU-Parlament „ruft zur Schaffung einer unabhängigen Kommission zur Ermittlung der Verstöße gegen die Menschenrechte, die es seit Beginn der Demonstrationen gibt, die mit der Internationalen Beratungsgruppe des Europarates und der OSZE eng zusammenarbeiten wird, auf“, heißt es im Resolutionsentwurf, der am Donnerstag zur Abstimmung gebracht werden soll.

Darüber hinaus will das EU-Parlament dem ukrainischen Volk Respekt für „einen geordneten Machtwechsel und seinen bürgerlichen Mut, die es in den letzten

Monaten an den Tag legte“, zollen. „Dieser Bürger- und Volksprotest dient als Beispiel und kennzeichnet einen Wendepunkt in der Geschichte der Ukraine“, heißt es im Resolutionsentwurf.

10:19

Drei Menschen sind am Mittwoch bei den Zusammenstößen während der Massenkundgebungen vor dem Parlamentsgebäude in Simferopol auf der ukrainischen Halbinsel Krim ums Leben gekommen.

Vor dem Obersten Rat versammelten sich an die 20.000 Menschen. Die russischsprachigen Einwohner protestierten gegen den Staatsstreich in der Ukraine. Vertreter der Krim-Tataren unterstützten die Opposition in Kiew. Die Auseinandersetzung wuchs in eine Prügelei und ein Gedränge über. 30 Menschen wurden verletzt.

Rund hundert Menschen bleiben auch heute noch vor dem Gebäude des Obersten Rates der ukrainischen Krim-Autonomie. Sie fordern die Durchführung eines Referendums über das weitere Schicksal der Halbinsel. Sie errichten Barrikaden und machen Lagerfeuer.

09:14

Das Kollegium des russischen Außenministeriums hat am Mittwoch unter dem Vorsitz des russischen Außenministers Sergej Lawrow eine Sitzung zum Thema „Über moderne Trends internationaler Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Menschenrechte und über die Aufgaben des russischen Außenministeriums in diesem Bereich“ abgehalten, teilte das russische Außenministerium mit.

„Im Kontext der Menschenrechtsthemen wurde die Lage in der Ukraine besprochen. Man zeigte sich besorgt über groß angelegte Verstöße gegen die Menschenrechte in der Ukraine, die Missachtung des Rechts auf den Gebrauch der Muttersprache, ethnische und nationale Diskriminierung, Angriffe und Vandalismus gegen Objekte des historisch-kulturellen Erbes und des religiösen Kultes“, hieß es.

23. Februar

23:06

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat die Lage in der Ukraine mit US-Außenminister John Kerry besprochen und betont, das Wichtigste sei, die Erfüllung des Abkommens über eine politische Regelung vom 21. Februar sicherzustellen.

„Wir haben unsererseits betont, das Wichtigste ist jetzt, die vollständige Erfüllung des Abkommens über die politische Regelung vom 21. Februar sicherzustellen, der sich die ukrainische Opposition, die de facto die Macht in Kiew ergriffen hat, entzieht. Sie weigert sich, die Waffen niederzulegen und setzt weiterhin auf Gewalt“, heißt es in einer Mitteilung des Außenministeriums.

22:32

Russlandfreundliche Kräfte haben am 23. Februar in Kertsch eine Kundgebung durchgeführt.

Die Teilnehmer an der Kundgebung forderten den Ausstieg der Krim aus der Ukraine und hissten trotz des Widerstandes von Polizisten, die die Menge zu stoppen versuchten, die russische Flagge über dem Bürgermeisteramt. Einige Zeit später wurde die ukrainische Flagge an ihre Stelle zurückgebracht.

Nach Polizeiangaben nahmen rund 1.000 Menschen an der Kundgebung teil. Auf der Kundgebung sprachen Vertreter der Russischen Gemeinde und der Kommunistischen Partei der Ukraine. Die Redner sprachen sich gegen den EU-Beitritt der Ukraine aus und riefen zum Ausstieg der Krim aus der Ukraine auf.

22:06

Die EU-Chefdiplomatin Catherine Ashton reist am Montag nach Kiew, wo sie mit Politikern Wege zur Überwindung der politischen Krise und Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaftssituation besprechen will, teilt der Außenpolitische Dienst der EU mit.

„Catherine Ashton reist morgen in die Ukraine“, heißt es im Dokument. „In Kiew will sie mit den wichtigsten Politikern zusammentreffen und die Unterstützung der EU für die Überwindung der Krise sowie Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaftssituation erörtern.“

22:02

Das Wichtigste bei der Beilegung in der Ukraine ist laut Russlands Außenminister Sergej Lawrow, die Umsetzung der Vereinbarung vom 21. Februar über die politische Regelung zu gewährleisten.

Dies äußerte Lawrow am Sonntag bei einem Telefongespräch mit seinem US-Kollegen John Kerry, teilte das russische Außenministerium auf seiner Internetseite mit.

„Unsererseits wurde betont, dass das Wichtigste jetzt darin besteht, eine vollständige Umsetzung der Vereinbarung vom 21. Februar zu gewährleisten. Gerade das verweigert die ukrainische Opposition, die die Macht in Kiew ergriffen hat, die Waffen nicht strecken will und auf Gewalt setzt“, heißt es in der Mitteilung.

In diesem Zusammenhang verwies Lawrow darauf, dass das Dokument Unterschriften von Vertretern einer Reihe westlicher Staaten trägt, während die USA den Abschluss der Vereinbarung begrüßt haben.

21:48

Die Perspektive der Spaltung der Ukraine widerspricht den Interessen von Russland, der EU und der USA, teilte Sicherheitsberaterin des US-Präsidenten, Susan Rice, dem Fernsehsender „NBC“ in einem Interview mit.

Das Weiße Haus ruft Russland auf, keine Truppen in die Ukraine zu entsenden, sagte Rice.

„Keiner ist an der Spaltung der Ukraine interessiert“, sagte Rice.

Die russischen Behörden haben bisher keine Absicht, Truppen in die Ukraine einmarschieren zu lassen.

21:23

Die USA sind laut Susan Rice, der Sicherheitsberaterin des US-Präsidenten, nicht an einer geteilten Ukraine interessiert.

„Niemand kann Interesse daran haben, eine geteilte Ukraine zu sehen“, äußerte sie am Sonntag im Fernsehsender NBC.

Russland müsste ebenfalls an der Umsetzung der Vereinbarungen zwischen den Behörden und der Opposition der Ukraine interessiert sein, fügte sie hinzu.

Die Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland stehen nicht im Widerspruch zu der EU-Assoziierung der Ukraine. „Es gibt keinen inneren Widerspruch zwischen der Ukraine, die von jeher historische und kulturelle Verbindungen mit Russland pflegt, und der modernen Ukraine, die eine nähere Integration mit Europa anstrebt. Diese Möglichkeiten sollten einander nicht ausschließen“, so Rice.

Wie Rice weiter ausführte, wird in den USA der Standpunkt vertreten, dass Viktor Janukowitsch das Präsidentenamt verlassen hat. „Wir sind der Ansicht, dass er gegangen ist“, sagte sie. „Er regiert nicht mehr das Land als Präsident.“

Das Weiße Haus ruft Russland auf, keine Truppen in die Ukraine zu entsenden, denn das wäre ein grober Fehler, sagte Rice weiter.

Die russischen Behörden haben indes nie solche Absichten geäußert.

20:49

Die Behörden der Halbinsel Krim werden den Beschlüssen des ukrainischen Parlaments folgen, die bewaffneten Strukturen der Region werden die Anweisungen der vom Parlament ernannten Beamten erfüllen, teilte Anatoli Mogiljow, Ministerpräsident der ukrainischen Autonomie, am Sonntag Journalisten mit.

„Das Parlament der Ukraine hat die Verantwortung für die Situation im Lande übernommen. Sie fasst Beschlüsse. Die Legitimität dieser Beschlüsse mägern Juristen prüfen, darüber kann man lange streiten. Die Abgeordneten treffen aber ihre Beschlüsse, und diese Beschlüsse müssen ausgeführt werden.“

Die bewaffneten Strukturen der Krim werden alle verfassungsmäßigen Anweisungen der neuen Leiter der Staatsämter erfüllen, fügte er hinzu.

20:40

Die ukrainische Ex-Premierministerin Julia Timoschenko hat sich mit US-

Botschafter Geoffrey Pyatt und dem EU-Botschafter in Kiew, Jan Tadeusz Tombinski, getroffen, der ihr die Einladung der EU-Chefdiplomatin Catherine Ashton zu einem Treffen überreichte, heißt es auf der Webseite der Partei Batkiwtschyna.

Die Seiten analysierten die Situation und tauschten Meinungen über mögliche Auswege aus der Krise aus, in der das Land steckt. Sie einigten sich darauf, dass „die Erhaltung der territorialen Integrität der Ukraine sowie das Heranziehen zur Verantwortung all derjenigen, die verbrecherische Befehle gegeben hatten, welche den Tod vieler Ukrainer zur Folge hatten“, einige der wichtigsten Prioritäten sind.

19:36

Das Unternehmen Energoatom, das alle aktiven AKW in der Ukraine betreibt, hat erklärt, dass das Land trotz der politischen Krise routinemäßig mit Energie versorgt wird.

„Die ukrainischen AKW arbeiten routinemäßig und werden von Einheiten des physischen Schutzes der AKW und von Truppeneinheiten der Inlandstruppen des ukrainischen Innenministeriums stärker gesichert. Derzeit entspricht das Sicherheitsniveau der aktiven Energieblocks den nationalen und internationalen Standards“, heißt es.

19:21

Timoschenko bittet, ihre Kandidatur für den Posten der Premierministerin nicht zu prüfen.

19:14

Der russische Präsident Wladimir Putin und Bundeskanzlerin Angela Merkel haben telefonisch die Lage in der Ukraine besprochen, teilte der Pressedienst des Kreml am Sonntag mit.

„Es wurden die jüngsten Entwicklungen in der Ukraine besprochen“, heißt es. Das Gespräch fand auf Initiative der deutschen Seite statt.

Die Bundeskanzlerin und der russische Präsident einigten sich darauf, dass die Ukraine dringend eine handlungsfähige Regierung bekommen und unbedingt dabei ihre territoriale Integrität erhalten soll, teilte ein Vertreter der Bundesregierung mit.

Darüber hinaus gratulierte Merkel Putin zur erfolgreichen Durchführung der Spiele in Sotschi und zu den Ergebnissen, die die russischen Sportler erreicht haben.

18:28

Timoschenko hat Informationen über ein Treffen mit Janukowitsch dementiert.

17:42

Am Sonntag telefonierte Julia Timoschenko mit Bundeskanzlerin Angela Merkel.

17:24

Das ukrainische Parlament hat am Sonntag mit einer Stimmenmehrheit beschlossen, das Gesetz über die Grundlagen der staatlichen Sprachenpolitik außer Kraft zu setzen. Mit der Aufhebung des Gesetzes werden die Rechte der russischsprachigen Bevölkerung nicht beeinträchtigt, betonte dabei Arseni Jazenjuk, Chef der Parlamentsfraktion der Partei Batkiwtschyna (Vaterland). „Die Rechte der russischsprachigen Bevölkerung schützen das Recht und die Verfassung“, sagte Jazenjuk nach der Abstimmung zur Aufhebung des Gesetzes. Das im Sommer 2012 angenommene Sprachengesetz hatte der russischen Sprache in den Regionen, wo diese für mindestens zehn Prozent der Bevölkerung die Muttersprache ist, den Status einer regionalen Sprache verliehen. Damit galt es für 13 der insgesamt 27 Regionen der Ukraine. Das Gesetz löste heftige Proteste der Opposition aus. Mit der Abstimmung vom Sonntag trete der Artikel 10 der ukrainischen Verfassung in Kraft, wonach Russisch die einzige Sprache sei, die neben Ukrainisch als eine nationale Kommunikationssprache gebraucht wird, betonte Jazenjuk, Fraktionschef der Batkiwtschyna-Partei der Ex-Regierungschefin Julia Timoschenko. Es sei notwendig, ein neues Gesetz über den Sprachgebrauch in der Ukraine zu konzipieren, um alle Nationalitäten und Sprachen zu schützen, fügte er an.

17:10

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am Sonntag mit der ukrainischen Ex-Regierungschefin Julia Timoschenko telefoniert. Wie die russische Online-Zeitung Gazeta.ru unter Berufung auf den Pressedienst von Timoschenko mitteilt, hat Merkel bei dem Gespräch ihre Unterstützung für Timoschenko bekundet. Bei dem Gespräch beglückwünschte Merkel die ehemalige Premierministerin zur Freilassung aus der mehrjährigen Haft und äußerte die Zuversicht, dass Timoschenkos Rückkehr in die große Politik zu einem wichtigen Faktor der Stabilisierung in der Ukraine, zur Aufrechterhaltung der Einheit des Landes und dessen Rückkehr auf den Weg der europäischen Reformen wird. Ferner sicherte die Bundeskanzlerin der Ukraine umfassende Unterstützung dabei zu und wünschte Timoschenko baldige Besserung.

17:09

Viktor Janukowitsch ist für die menschlichen Opfer im Laufe der Zusammenstöße in der Ukraine verantwortlich, heißt es in einer offiziellen Erklärung der Fraktion der ehemaligen regierenden Partei der Regionen in der ukrainischen Obersten Rada. „Die Ukraine wurde betrogen und ausgeraubt. Die Ukraine wurde verraten, und die Menschen wurden gegeneinander ausgespielt. Nur Janukowitsch und seine nächste Umgebung sind dafür verantwortlich“, heißt es. Partei der Regionen erklärte auch, „die Partei war die Geisel einer korrupten Familie.“

16:52

Auf dem Unabhängigkeitsplatz sind über 3.000 Menschen, in der U-Bahn klingt die ukrainische Hymne.

15:59

Nach dem dramatischen Umbruch in der Ukraine haben in der Innenstadt von Kiew heute erstmals seit Tagen wieder die Geschäfte geöffnet.

15:57

Die ukrainische Krise ist dadurch verursacht worden, dass die Behörden demokratische Verfahren aufgegeben haben, keinen Dialog führen und gegen die Korruption nicht kämpfen konnten, sagte der ehemalige Präsident des UdSSR Michail Gorbatschow.

Dies sagte er auf dem internationalen Forum in Schardscha (VAE), teilt Associated Press mit.

Der ehemalige sowjetische Anführer halte die Unvollständigkeit der Perestroika für eine tiefgehende Ursache der Unruhen in der Ukraine. Ob er erklärte, was konkret die Ukraine von der Perestroika nicht bekommen hatte, teilte Associated Press nicht mit.
15:47

Der ukrainische Parlamentschef Alexander Turtschinow ist zum Übergangspräsidenten ernannt worden.

Turtschinow soll dieses Amt bekleiden, bis die Präsidentschaftswahl am 25. Mai durchgeführt worden ist.

Turtschinow beauftragte die Abgeordneten, unverzüglich Beratungen über die Bildung einer neuen parlamentarischen Mehrheit zu beginnen, um die Regierung bis spätestens Dienstag, dem 25. Februar, zu bilden.

15:05

Nach dem Machtwechsel in der Ukraine sind 64 festgenommene Demonstranten wieder auf freien Fuss gekommen.

14:51

Der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch hat in der Nacht auf Sonntag versucht, das Land zu verlassen, bestätigte Arsen Awakow, der neue Chef des ukrainischen Innenministeriums. Der frühere Innenminister Vitali Sachartschenko war am Freitag vom Parlament abgesetzt worden. Zuvor hatte der ukrainische Grenzschutz bekannt gegeben, das Flugzeug von Janukowitsch sei von der Behörde kurz vor dem Abflug aus dem ostukrainischen Donezk gestoppt worden. „Nachdem Janukowitsch beim Abflug verhindert worden war, verließ er das Flugzeug, stieg in einen Wagen ein und fuhr weg“, wird Awakow von der Nachrichtenagentur UNN zitiert. Der jetzige Aufenthaltsort des Präsidenten sei nicht bekannt. Auch der Abflug des Ex-Generalstaatsanwalts Viktor Pschonka und des Ministers für Einnahmen und Abgaben, Alexander Klimenko, aus Donezk sei auch verhindert worden. Es sei zu einem Schusswechsel gekommen, als Pschonka und Klimenko den Flughafen verließen. Die beiden Zwischenfälle werden derzeit ermittelt, hieß es. Am Vortag sei der Abgeordnete der ukrainischen KP Igor Kaletnik im Flughafen Simferopol auf der Krim zeitweilig festgenommen worden, sagte Awakow weiter. Später wurde er aber wieder auf freien Fuß gesetzt, da er parlamentarische Immunität genießt. Kaletnik sei dann nach Moskau abgeflogen, fügte Awakow hinzu.

14:35

Die fraktionslose Abgeordnete Inna Bogoslowskaja hat während ihrer Rede in der

Obersten Rada erklärt, im Parlament habe unmoralischer Handel unter Abgeordneten für Posten und Fraktionsmitgliedschaft begonnen.

„Jeder von euch weiß, was für ein unmoralischer Handel im Parlament wieder begonnen hat. Es wird erneut über Geld für den Beitritt zu bestimmten Gruppen, für Versammlungen und Posten verhandelt“, sagte Bogoslowskaja.

Man dürfe nicht zulassen, dass das Parlament erneut zum Korruptionszentrum für Politik und Unternehmen wird, sonst werde das ganze Land rebellieren, fügte sie hinzu.

14:07

Die Abgeordneten der bisherigen ukrainischen Regierungspartei, Partei der Regionen, wollen am Sonntag ihren Übergang zur Opposition behandeln, meldet die Nachrichtenagentur UNN unter Berufung auf den Abgeordneten Nestor Schufritsch. „Wenn wir die Entscheidung treffen, zur Opposition überzuwechseln, wird sich unser künftiges Vorgehen dementsprechend gestalten. Sollte aber beschlossen werden, an der Bildung einer Koalitionsregierung teilzunehmen, wird unsere Entscheidung recht schwer ausfallen, denn ich stelle mir kaum vor, wie die Partei der Regionen an der Regierungsbildung teilnehmen kann“, sagte der Abgeordnete der regierenden Partei im ukrainischen Parlament (Werchowna Rada) Schufritsch verfügt nach eigenen Worten über keine Informationen darüber, ob der Fraktionschef Alexander Jefremow an der Sitzung teilnehmen wird.

13:52

Russland setzt die für die Ukraine geplanten Hilfen vorerst aus. Zunächst müsse es eine neue Regierung geben, sagte Finanzminister Anton Siluanow am Sonntag bei dem G20-Treffen in Sydney.

12:58

Die USA wollen laut Außenminister John Kerry alle zur Verfügung stehenden Hebel einsetzen, um auf die Opposition in der Ukraine einzuwirken, die sich nicht an die mit den Behörden ausgehandelten Vereinbarungen einhält. Dies bekräftigte Kerry gegenüber seinem Amtskollegen Sergej Lawrow bei einem Telefonat, das am Samstag auf Initiative der russischen Seite stattfand. Lawrow verwies seinerseits darauf, dass sich die Lage in der Ukraine nach der Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen den ukrainischen Konfliktparteien heftig verschlechtert hat. Dies sei darauf zurückzuführen, dass die Opposition entweder nicht imstande sei bzw. keinen Wunsch habe, die Vereinbarungen umzusetzen, die unter aktiver Mitwirkung Deutschlands, Polens und Frankreichs geschlossen wurden. Die illegalen Extremistengruppen weigern sich, die Waffen niederzulegen, und übernehmen die Kontrolle über Kiew. Dieses Thema sei auch von den Präsidenten Russlands und der USA, Wladimir Putin und Barak Obama, am Freitag telefonisch eingehend behandelt worden, so Lawrow. Putin habe dabei auf Obama appelliert, alle Möglichkeiten zu nutzen, um die gesetzwidrigen Handlungen der radikalen Regierungsgegner zu unterbinden. „John Kerry bekräftigte die Treue der USA zu den Vereinbarungen vom 21. Februar und versprach, unaufschiebbar die Washington zur Verfügung stehenden Hebel einzusetzen, um auf die Opposition einzuwirken“, heißt es in der Mitteilung der russischen Außenamtes.

12:41

Die EU stehe für eine substanzielle finanzielle Unterstützung bereit, sobald es eine politische Lösung des Konflikts und eine neue Regierung gebe, sagte Wirtschaftskommissar Olli Rehn am Sonntag am Rande des G20-Finanzministertreffens in Sydney.

12:15

Die USA sind bereit, zusammen mit Russland und der EU Anstrengungen zur Aufrechterhaltung der Einheit der Ukraine zu unternehmen, und rufen zur Einstellung von Gewalt und zu demokratischen Umgestaltungen in diesem Land auf, erklärte Jay Carney, Pressesekretär des US-Präsidenten, am Samstag. Wie er betonte, verfolgen die USA weiterhin die Ereignisse in der Ukraine aufmerksam. „In der Perspektive werden wir mit unseren Verbündeten, mit Russland und mit den zuständigen europäischen internationalen Organisationen zusammenarbeiten, um eine starke, gedeihende, einheitliche und demokratische Ukraine zu unterstützen“, betonte er. Als „konstruktiv“ bezeichnete er die Arbeit des ukrainischen Parlaments, das die Präsidentenwahlen für Ende Mai anberaumt hatte. Präsident Viktor Janukowitsch sowie die Spitzenvertreter der Opposition, mit denen er die vorgezogenen Präsidentenwahlen vereinbart hatte, wurden in der Erklärung des Weißen Hauses nicht erwähnt.

11:59

Die EU hat die Freilassung der ukrainischen Oppositionspolitikerin Julia Timoschenko am Samstag begrüßt, zugleich aber verantwortungsvolles Handeln gefordert.

11:08

Meldungen aus Kiew zufolge haben Freiwillige von der Selbstverteidigung des Maidan neben dem Flughafen „Kiew“ die Wagenkolonne des Chefs der Fraktion Batkiwtschyna Arseni Jazenjuk und der Ex-Premierministerin Julia Timoschenko zur Überprüfung angehalten, weil diese gegen die Ausfuhrregeln verstoßen hatten.

Als Jazenjuk aus dem Auto ausstieg und Erklärungen abgeben wollte, erwiderten die Aktivisten, es gebe nur ein Gesetz für alle.

„Wir verstehen ja, es geht um Bewachung, aber wir wollen eine neue Ukraine bauen, wo es keine Günstlinge geben wird. Die gemeinsame Ausfahrt ist da drüben“, sagten sie und deuteten in Richtung des von Aktivisten errichteten Kontrollpunkts.

10:39

Russland wird vorerst keine ukrainischen Eurobonds kaufen, bis in diesem Land eine neue Regierung gebildet und die Wirtschaftspolitik des Landes konzipiert ist, sagte der russische Finanzminister Anton Siluanow am Sonntag vor Journalisten. „Letzte Woche haben wir in der Tat den Erwerb von Eurobonds diskutiert, da sich aber die Situation in der Ukraine radikal verändert hat, müssen wir zunächst verstehen, mit welcher Regierung wir kooperieren werden“, betonte der Minister. „Wir möchten die

Bildung einer neuen Regierung abwarten.“ „Wir haben bereits in ukrainische Eurobonds investiert und diese im vergangenen Jahr für drei Milliarden Dollar gekauft. Außerdem liefern wir Gas an die Ukraine gemäß den vereinbarten Fristen.“ Die Ukraine müsste ihre Wirtschaftspolitik festlegen, weil diesem Land ein „hinsichtlich der Tilgung von Schulden gegenüber ausländischen Gläubigern und dem IWF kein einfaches Jahr bevorsteht“.

10:05

Dem Berater des Chefs des ukrainischen Grenzdienstes Sergei Astachow zufolge haben die Grenzsoldaten den Charter mit Viktor Janukowitsch an Bord am Samstag in Donezk verhindert.

„Der Charterflug im Flughafen Donezk wurde nicht dementsprechend ausgefertigt“, teilte Astachow Journalisten mit.

Auf der Landetreppe begegneten den Grenzsoldaten bewaffnete Personen, die ihnen Geld für einen nicht ausgefertigten Flug anboten. Als diese ihnen absagten, kamen zwei Panzerwagen angefahren, woraufhin aus dem Flugzeug Viktor Janukowitsch ausstieg und in einer unbekanntenen Richtung davonfuhr.

Wohin er fliegen wollte und wo er sich jetzt befindet, bleibt unklar.

09:43

Timoschenko forderte die Bürger auf, den Maidan nicht zu verlassen, und erklärte, sie werde ihre Arbeit sofort wiederaufnehmen.

09:13

Der Osteuropa-Koordinator der Bundesregierung, Gernot Erler, fordert von der EU rasche internationale Finanzhilfen für die Ukraine. Um eine Staatspleite der Ukraine zu verhindern, sei die EU am Zug, sagte Erler der „Welt am Sonntag“. Brüssel müsse sich mit Russland über ein gemeinsames Vorgehen verständigen und auch den Internationalen Währungsfonds einschalten.

22. Februar

23:01

Aus Angst vor Gewalt gegen ukrainische Juden, bittet die jüdische Gemeinde unter Oberrabbiner Rabbi Moshe Reuven Azman in Kiew um israelische Hilfe und Schutz, außerdem hat er die Juden zum Verlassen der Stadt aufgefordert. „Ich habe meine Gemeinde aufgefordert, das Stadtzentrum und auch die ganze Stadt zu verlassen und wenn möglich auszureisen“, zitiert ihn die israelische Zeitung „Haaretz“.

22:43

Außenminister Frank-Walter Steinmeier sagte heute in Berlin zur Situation in der Ukraine:

„Das ist der zweite Tag ohne Tote in Kiew, aber unsere Sorge um die Ukraine bleibt.

In dieser kritischen Lage müssen sich alle Handelnden ihrer Verantwortung für die Zukunft und die nationale Einheit der Ukraine bewusst sein. Beide Seiten müssen aufpassen, dass sie jetzt nicht Fakten schaffen, die fatale Folgen haben können.

Ich appelliere in aller Eindringlichkeit an die politisch Verantwortlichen, jetzt die politische Eskalation zu stoppen und Augenmaß walten zu lassen. Gesprächskanäle und Kompromissfähigkeit über politische Lager und regionale Unterschiede hinweg sind jetzt mehr denn je nötig.

Richtschnur aller politischen Entscheidungen muss der Erhalt der territorialen Integrität und der nationalen Einheit der Ukraine sein.

Die bestehende verfassungsmäßige Ordnung ist der rechtliche Rahmen für alle politischen Entscheidungen.

Die Ukraine braucht jetzt so schnell wie möglich eine handlungsfähige Übergangsregierung, die die öffentliche Ordnung im ganzen Land gewährleisten kann.

Die von Deutschland, Frankreich und Polen vermittelte Vereinbarung bietet dafür einen vernünftigen und von beiden Seiten getragenen Fahrplan.

Wir begrüßen die heute erfolgte Freilassung von Julia Timoschenko. Ich hoffe, dass es ihr gesundheitlich gut geht. Auch sie trägt große Verantwortung für die Zukunft ihres Landes.“

22:42

Russlands Außenminister Sergei Lawrow hat beim Telefongespräch mit dem US-Außenminister John Kerry am Samstag die Lage in der Ukraine erörtert, indem er eine rapide Verschlimmerung der Lage wegen der Handlungen der Opposition unterstrich.

22:38

Russlands Außenminister Sergei Lawrow hat beim Telefongespräch mit dem US-Außenminister John Kerry am Samstag die Lage in der Ukraine erörtert, indem er eine rapide Verschlimmerung der Lage wegen der Handlungen der Opposition unterstrich.

„Die illegalen extremistischen Gruppierungen weigern sich, die Waffen niederzulegen, und nehmen Kiew praktisch unter ihre Kontrolle. Die Oppositionsleiter von der Obersten Rada hindern sie nicht daran“, sagte Lawrow.

John Kerry versprach, die Möglichkeiten Washingtons für die Einwirkung auf die Opposition auszunutzen, meldet das russische Außenministerium.

21:57

Der Gouverneur des Gebiets Charkiw Michail Dobkin und der Bürgermeister von Charkiw Gennadi Kernes haben am Samstag die ukrainisch-russische Grenze

überquert, so die Pressesprecherin des amtierenden ukrainischen Innenministers Natalia Statiwko. Diese Information wurde später im ukrainischen Grenzdienst bestätigt.

21:54

Der Gouverneur des Gebiets Charkiw Michail Dobkin und der Bürgermeister von Charkiw Gennadi Kernes haben die Ukraine verlassen.

Nach Angaben der Pressesprecherin des amtierenden ukrainischen Innenministers Natalia Statiwko hatten die Politiker am Samstag die ukrainisch-russische Grenze überquert. Diese Information wurde später im ukrainischen Grenzdienst bestätigt.

Zuvor hatten Dobkin und Kernes bei der Tagung der Abgeordneten von Südostgebieten der Ukraine und der Krim ihre Reden gehalten. Die Teilnehmer der Tagung bezweifelten die Legitimität der Entscheidungen der Obersten Rada und versprachen, die Verfassungsordnung im Land wiederherzustellen.

21:32

Großbritannien und Deutschland wollen die neue Regierung in der Ukraine unter anderem auch finanziell unterstützen, teilte der britische Außenminister William Hague am Samstag mit.

„William Hague hat am Samstag mit dem deutschen Außenminister Steinmeier vereinbart, die neue Regierung der Ukraine zu unterstützen und hinsichtlich des notwendigen Finanzpakets des Internationalen Währungsfonds Hilfe zu erweisen“, twitterte der britische Außenamtschef.

21:18

Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat Deutschland, Polen und Frankreich aufgefordert, ihren Einfluss auf die ukrainische Opposition auszuüben, damit den Radikalen in der Ukraine Einhalt geboten wird, teilt das russische Außenamt mit.

„Der russische Minister hat Deutschland, Polen und Frankreich als die Länder, die das Abkommen vom 21. Februar aktiv durchgesetzt hatten, nachdrücklich aufgefordert, von ihrem Einfluss auf die Opposition Gebrauch zu machen, um das Abkommen unverzüglich auszuführen und den Randalierern Einhalt zu gebieten. Man muss damit aufhören, die internationale Völkergemeinschaft irrezuführen und so zu tun, als ob der heutige Maidan Interessen des ukrainischen Volkes vertrete“, heißt es in der Mitteilung des Außenministeriums zu den Ergebnissen von Telefongesprächen des russischen Ministers mit den Amtskollegen in Europa.

Die Minister Frankreichs, Deutschlands und Polens haben zugegeben, dass die ukrainische Opposition einen Teil ihrer Verpflichtungen nicht eingehalten hatte, und versprochen, Maßnahmen zur Umsetzung der Vereinbarungen zu ergreifen, teilt das russische Außenministerium mit. „Frank-Walter Steinmeier, Radoslaw Sikorski und Laurent Fabius teilten die Besorgnis der russischen Seite, gaben zu, dass die Opposition ihren Teil der Verpflichtungen nicht eingehalten hat, und versprochen, dringend weitere Schritte zur Realisierung der erzielten Abmachungen zu unternehmen.

21:10

Die Abgeordneten der Ost- und Südgebiete der Ukraine und der Krim haben bei der Tagung am Samstag in Charkiw für die Resolution abgestimmt, nach der die Selbstverwaltungsorgane dieser Regionen die Verantwortung für die Einhaltung der Verfassung übernehmen.

20:57

Julia Timoschenko wird an den Präsidentschaftswahlen am 25. Mai teilnehmen. Das teilte sie Journalisten vor ihrem Abflug aus Charkiw nach Kiew mit.

Zuvor hatte die Oberste Rada den Rücktritt des ukrainischen Präsidenten angeordnet und neue Wahlen auf den 25. Mai festgesetzt.

Der Präsident des Landes Viktor Janukowitsch erkennt seinerseits die Entscheidung über seinen Rücktritt nicht an. Seinem Berater zufolge wird er diesen Posten weiterhin bekleiden.

20:57

Die Oberste Rada hat den Rücktritt von Viktor Janukowitsch durch eine Anordnung bestätigt und die Präsidentschaftswahlen auf den 25. Mai festgesetzt.

20:56

Julia Timoschenko ist aus dem Gefängnis freigelassen worden.

19:14

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat gegenüber seinen Amtskollegen aus Deutschland, Frankreich und Polen ernsthafte Besorgnis darüber geäußert, dass die Seiten des am 21. Februar in Kiew unterzeichneten Abkommens zu keinen Kompromissen kommen werden.

„Die Opposition hat nicht nur keine einzige Verpflichtung eingehalten, sie stellt nun immer weitere Forderungen, dabei gibt sie den Extremisten nach, die die Souveränität und die Verfassungsordnung des Landes unmittelbar gefährden“, heißt es in der Erklärung, die am Samstag auf der Webseite des russischen Außenamts veröffentlicht wurde.

18:58

Nach massiven Zugeständnissen an die Opposition lehnt der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch den Rücktritt ab. In einem am Samstag ausgestrahlten Fernseh-Interview sagte der Staatschef, er werde sein Volk „vor Banditen“ verteidigen.

„Mit den Banditen, die heute das ganze Land und das ukrainische Volk terrorisieren, werde ich nichts unterschrieben“, sagte Janukowitsch, der sich nach Angaben seiner Beraterin in Charkow im Osten des Landes befindet. Er werde alles tun, um ein neues Blutvergießen zu verhindern und Menschen zu verteidigen, „die jetzt von Banditen

verfolgt werden.“

Der Präsident appellierte an die internationalen Vermittler, den Radikalen in der Ukraine Einhalt zu gebieten. Landesweit wurden ihm zufolge mehr als 200 Büros der regierenden Partei der Regionen verbrannt. „Das ist keine Opposition, sondern Banditen“, so der Staatschef. Laut ihm ist die Ukraine von Neonazismus bedroht: Die jüngsten Ereignisse würden an die Machtergreifung durch die Nationalsozialisten in den 1930er-Jahren in Deutschland erinnern.

18:36

Der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch hat erklärt, es ereigne sich ein Putsch im Land. Er selbst habe nicht vor, zurückzutreten, melden Medien unter Berufung auf die Beraterin des Staatschefs Anna German.

Im Äther des ukrainischen Fernsehsenders UBR erklärte Janukowitsch, er werde alles dafür tun, um kein weiteres Blutvergießen zuzulassen. Er erzählte Journalisten, dass der Sprecher der Obersten Rada Wladimir Rybak, der ein Rücktrittsgesuch eingereicht hatte, verprügelt wurde. „Er wurde verprügelt. Er kam zu mir, wobei nach ihm geschossen wurde. Er bat mich, ihn abzuholen. Ich holte ihn ab und schickte zu ärztlichen Behandlungen nach Donezk“, sagte Janukowitsch in einem Interview.

18:02

Die Oberste Rada bereitet eine Anordnung über die Beseitigung der Spezialeinheit des Innenministeriums „Berkut“ vor. Das teilte der Leiter der Fraktion Swoboda Oleg Tjagnibok bei der Sitzung des Parlaments mit.

17:15

Die Beraterin des ukrainischen Präsidenten, Volksabgeordnete der Fraktion der Partei der Regionen Anna German dementierte Informationen über den Rücktritt von Viktor Janukowitsch.

16:59

Die Abgeordneten des ukrainischen Parlaments haben bei ihrer Sitzung am Samstag die Freilassung der früheren Premierministerin des Landes Julia Timoschenko angeordnet.

16:59

Der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch ist zurückgetreten, teilt ein Abgeordneter der Partei Batkiwtschyna mit.

16:29

Die Oberste Rada (ukrainisches Parlament) hat am Samstag Arsen Awakow von der Oppositionspartei Batkiwtschyna zum interimistischen Innenminister ernannt.

Für Awakow, Mitstreiter der inhaftierten Ex-Regierungschefin Julia Timoschenko und einen der Führer der Proteste in Kiew, stimmten 275 der 324 anwesenden

Abgeordneten, wie ein Korrespondent der RIA Novosti aus Rada berichtet. Laut Parlamentschef Alexander Turtschinow bleibt Awakow bis zur Bildung einer Koalitionsregierung im Amt.

Nach der Ernennung sagte Awakow, dass das Innenministerium nun an der Seite der Demonstranten stehe. „Die Organe des Innenministeriums sind auf die Seite der Protestteilnehmer gewechselt“, so der neue Minister im ukrainischen Fernsehen.

Zuvor hatte die Rada ihren Vorsitzenden Wladimir Rybak von der regierenden Partei der Regionen abgesetzt und Alexander Turtschinow von der Oppositionspartei Batkiwschtschyna zum neuen Parlamentschef gewählt. Zudem stimmte das Parlament für eine Wiedereinführung der Verfassung von 2004 und kündigte an, eine neue Regierung ohne Zustimmung des Staatschefs bilden zu wollen.

15:49

Arsen Awakow von der Partei Batkiwschtschyna hat als Kandidat für den amtierenden Innenminister die meisten Stimmen im Parlament bekommen.

15:47

Die Residenz vom Präsidenten Viktor Janukowitsch steht leer und für Journalisten zugänglich.

15:41

Außenminister Steinmeier erklärte heute zur Lage in der Ukraine:

„Es ist die zweite Nacht ohne Tote auf den Straßen in Kiew. Das ist ein Fortschritt – ganz ohne Zweifel. Aber jeder kann sehen: Die Lage bleibt höchst fragil.

Es wird jetzt darauf ankommen, dass die Konfliktparteien – sowohl die Seite der Regierung als auch die Seite der Opposition – sich an das halten, was miteinander vereinbart wurde und beginnen, Vertrauen aufzubauen. Die Frage ist, ob das gelingt.

Das gelingt nur, wenn sich beide Seiten darum wirklich bemühen.

Deshalb geht es jetzt in erster Linie darum, dass die Gespräche zur Einsetzung einer vorläufigen Regierung geführt werden. Dazu besteht heute Anlass. Das Parlament tagt und die Abgeordneten sind überwiegend im Parlament eingetroffen. Das hat jetzt Vorrang, um der Ukraine eine stabile, von beiden Seiten getragene Führung zu geben.“

14:56

Die ukrainischen Sicherheitsorgane des Innenministeriums haben sich in Kiew offiziell auf die Seite der Opposition geschlagen. Das teilte die für die Polizei im Land zuständige Behörde auf ihrer Internetseite mit.

14:51

Abgeordneter der Fraktion „Batkiwschtschyna“ Alexander Turtschinow ist zum Vorsitzenden der ukrainischen Obersten Rada gewählt worden.

13:41

Der tschechische Ex-Präsident Vaclav Klaus hat dem Westen "große Verantwortungslosigkeit" im Umgang mit der Krise in der Ukraine vorgeworfen, berichtet dpa.

13:40

Nach der Einigung zwischen Präsident Viktor Janukowitsch und der Opposition haben radikale Regierungsgegner in mehreren Regionen der Ukraine die Denkmäler für den sowjetischen Revolutionsführer Wladimir Lenin gestürzt.

In Tschernigow, Poltawa und Dnjepropetrowsk rissen Demonstranten am Freitagabend mithilfe von Stahlseilen die Statuen des UdSSR-Gründers vom Sockel, wie die ukrainische Nachrichtenagentur UNN meldet. Nach Angaben der Agentur Unian wurden auch in Kirowograd und in Wolhynien Lenin-Denkmäler umgekippt.

Seit Beginn der Anti-Regierungsproteste im November hat es in der Ukraine bereits mehrere Angriffe auf Lenin-Denkmäler gegeben. Im Dezember wurde eine Lenin-Statue im Zentrum der Hauptstadt Kiew zerstört. Kurz danach folgten Angriffe auf Lenin-Denkmäler in Berditschew bei Schitormir und Beresowka im Gebiet Odessa. Im Januar wurden eine Lenin-Statue im Gebiet Poltawa enthauptet.

13:07

Der Anführer der Partei Udar, Vitali Klitschko, hat vor den Aktivisten auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew gesagt, er glaube, dass der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch freiwillig nicht zurücktreten wird.

12:55

Mit Pfiffen und Buhrufen haben Zehntausende Regierungsgegner in Kiew die Oppositionsführer nach der Einigung auf eine Krisenlösung mit Präsident Viktor Janukowitsch empfangen, berichtet dpa. Der Anführer der radikalen Splittergruppe „Rechter Sektor“, Dmitri Jarosch, rief seine Anhänger auf, die Waffen nicht niederzulegen, bevor der Staatschef zurücktrete. Andere Redner drohten damit, die Präsidialverwaltung zu stürmen. Der Opposition um Vitali Klitschko warfen sie "Verrat" vor. Die Menge auf dem Unabhängigkeitsplatz forderte in Sprechchören den Kopf des Präsidenten.

12:38

Der ukrainische Parlamentschef Wolodimir Rybak hat am Samstag ein Rücktrittsgesuch eingereicht.

12:09

US-Präsident Barack Obama hat seinen russischen Kollegen Wladimir Putin angerufen, um „aktuelle Fragen der bilateralen und internationalen Agenda, einschließlich der Lage in der Ukraine, zu besprechen“.

11:46

Mehr als 600 Menschen sind seit dem 18. Februar bei massenhaften Krawallen im Zentrum der ukrainischen Hauptstadt verletzt worden, teilt das ukrainische Gesundheitsministerium am Samstag auf seiner Webseite mit.

11:07

Ukrainische Protestler stürzen Lenin-Denkmäler. Allein in der vergangenen Nacht wurden zwölf Denkmäler in Schytomyr, Poltawa, Tschernihiw, Pryluky, in Siedlungen des Gebiets Chmelnyzkyj, im Gebit Winnyzja und in Dnipropetrowsk vom Sockel gerissen, teilt Interfax mit.

10:43

Trotz der Einigung zwischen Regierung und Opposition in der Ukraine bleibt die Lage in Kiew gespannt. Demonstranten buhten am Abend die Oppositionsführer wie Vitali Klitschko aus, die die Vereinbarung mit der Regierung auf dem Unabhängigkeitsplatz Maidan präsentieren. Sie will weiter einen sofortigen Rücktritt von Präsident Viktor Janukowitsch.

10:28

Das Regierungsviertel der ukrainischen Hauptstadt, ist von der sogenannten „Volksselbstverteidigung“ des Euro-Maidans unter Kontrolle genommen worden.

21. Februar

22:50

Die 2011 wegen Amtsmissbrauchs zu sieben Jahren Haft verurteilte ukrainische Ex-Regierungschefin Julia Timoschenko dürfte nach Worten ihres Anwalts Sergej Wlassenko „in nächster Zeit“ freikommen.

„Ich bin davon überzeugt, dass Präsident Viktor Janukowitsch das von der Obersten Rada am Freitag verabschiedete Gesetz unterschreiben wird“, sagte der Anwalt am späten Freitagabend in der Hauptstadt Kiew.

Wlassenko zufolge hat der Präsident keine gesetzlichen Gründe dazu, das Dokument nicht zu unterzeichnen. Dabei machte der Anwalt darauf aufmerksam, dass der entsprechende Artikel im Strafgesetzbuch nicht abgeschafft, sondern abgeändert wurde. „Taten, für die Julia Wladimirowna (Timoschenko) gesetzwidrig verurteilt wurde, sind nicht mehr strafrechtlich zu ahnden. Folglich muss sie nach der Unterzeichnung des Gesetzes auf freien Fuß gesetzt werden“, sagte der Jurist.

Timoschenko war Ende 2011 zu sieben Jahre Haft wegen Amtsmissbrauchs bei der Unterzeichnung von Gasverträgen mit Russland verurteilt worden. Seit Mai 2012 wird sie wegen ihres Bandscheibenleidens in einer Klinik in Charkow behandelt.

22:41

Russland und die Europäische Union werden unter Wahrung der Souveränität und Vollmachten der legitimen Behörden der Ukraine die Kontakte zur Normalisierung der Situation in diesem Land fortsetzen, teilte das Außenministerium der Russischen Föderation nach einem Telefongespräch des russischen Außenministers Sergej Lawrow mit der hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, mit.

22:02

Der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch hat Staatstrauer für die bei den Maidan-Protesten ums Leben Gekommenen verhängt. „Im Zusammenhang mit den Todesopfern während der Massenaktionen in der Ukraine ordne ich am 22. und 23. Februar Trauer für die Toten an“, zitierte Janukowitschs Pressestelle am Freitag aus seinem Beschluss.

21:56

Die vom Präsidenten und der Opposition am Freitag unterzeichnete Vereinbarung über die Beilegung der Krise in der Ukraine sieht die Abgabe illegaler Waffen in die Organe des Innenministeriums innerhalb von 24 Stunden vor. Der Text der Vereinbarung wurde auf der Website des Präsidenten der Ukraine veröffentlicht.

„Die Parteien werden große Anstrengungen aufbringen, um das Leben in den Städten und Dörfern der Ukraine durch die Freigabe von Verwaltungs- und öffentlichen Gebäuden und das Entsperren von Straßen, Grünanlagen und Plätzen zu normalisieren“, heißt es in dem Dokument.

21:49

Die StudentInnen von mehreren Kiewer Hochschulen haben das Gebäude des ukrainischen Ministeriums für Bildung und Wissenschaft eingenommen. Im Gebäude versammelten sich ca. 300 Studenten.

Ihre Hauptforderung lautet, den Druck des Ministeriums auf Studenten, die an den Protestaktionen teilgenommen haben, zu beenden und die Möglichkeit einer freien Beteiligung an friedlichen Kundgebungen und Protesten zu garantieren.

21:27

Das ukrainische Parlament hat Innenminister Witali Sachartschenko von den Pflichten entbunden. Am Freitag stimmten dafür in Kiew 332 Abgeordnete bei der erforderlichen Stimmenzahl von 226.

Auf Sachartschenkos Absetzung hatte die Opposition bestanden.

Die Abgeordneten beschlossen, Präsident Viktor Janukowitsch zu bitten, die Entscheidung als legitim anzuerkennen, denn die Verfassung von 2004, die dem Parlament Kabinettsumstellungen ermöglicht, ist noch nicht in Kraft getreten.

20:18

Die Ukraine wird die übernommenen Verpflichtung zum reibungslosen Gastransit nach Europa sowie zur Lieferung von Strom an die EU, an Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und an die Zollunion strikt erfüllen. Das erklärte der ukrainische Vizeregierungschef Juri Boiko am Freitag in Kiew.

„Politische Probleme im Land dürfen der Erfüllung wirtschaftlicher Verpflichtungen im Energiebereich und sonstiger Verpflichtungen gegenüber der internationalen ökonomischen Gemeinschaft nicht im Wege stehen. Wir haben die Kontrolle über die Arbeit der wichtigsten Betriebe verschärft, die für die Versorgung der Bevölkerung mit allem Notwendigem zuständig sind“, sagte Boiko.

Die Situation auf dem Treibstoffmarkt in der Ukraine sei unter Kontrolle der Regierung. Benzin- und Dieselreserven reichten aus, um den Bedarf im Laufe von drei Wochen zu decken, fügte der Vizeregierungschef hinzu.

19:25

Das Parlament der Ukraine hat das Gesetz über die Rückkehr der Verfassung in der Fassung des Jahres 2004 verabschiedet, die die Macht des Präsidenten zugunsten der Obersten Rada begrenzt.

Für diese Entscheidung stimmten 386 Abgeordnete, einer enthielt sich der Stimme, zehn Abgeordnete nahmen an der Abstimmung nicht teil. Der Gesetzentwurf wurde ohne vorherige Erörterung angenommen.

Das Parlament verabschiedete auch ein Gesetz zur Verhinderung der Anklageerhebung gegen die Teilnehmer der Unruhen in der Ukraine.

Die Änderungen betreffen insbesondere die Entkriminalisierung der Artikel, gemäß denen Ex-Premierministerin Julia Timoschenko verurteilt wurde.

19:05

Die Eskalation des politischen Konflikts in der Ukraine hat unter der Bevölkerung die Nachfrage nach Bargeld erhöht, lokale Medien schreiben über Warteschlangen an Geldautomaten. In diesem Zusammenhang mussten die Banken zeitliche Einschränkungen für die Geldausgabe einführen.

So schränkte die Bank UniCredit bis 24. Februar Cash-Transaktionen an Geldautomaten ein, „um allen ihren Kunden den Zugriff auf das Bargeld bereitzustellen“. Die Höhe der Barabhebungen von einem Geldautomaten per eine Karte beträgt 121 Euro pro Tag.

18:34

Die russischen Behörden haben wegen der drastischen Zuspitzung der Situation in der Ukraine die Bereitstellung einer neuen Tranche der Finanzhilfe für das Land eingestellt.

“Man will eine Stabilisierung der Situation abwarten, um die Unterstützung der Ukraine wiederaufzunehmen“, sagte heute der russische Finanzminister Anton Siluanow vor Journalisten.

„Es war die Entscheidung Russlands, die mit der plötzlichen und dramatischen Zuspitzung der Situation in der Ukraine verbunden ist“, sagte er in seinem Kommentar zu der Mitteilung der irischen Börse über die Weigerung der Ukraine, zweijährige Eurobonds in Höhe von zwei Milliarden zu platzieren. Russland sollte im Rahmen der bereits genehmigten Finanzhilfe Obligationen in Höhe von 15 Milliarden US-Dollar rückzahlen.

18:16

Präsident Viktor Janukowitsch und die Vertreter der ukrainischen Opposition haben ein Abkommen über die Beilegung der Krise in der Ukraine unterzeichnet. Die Unterzeichnung wurde bei den Verhandlungen zur Krisenbeilegung zwischen Präsident Janukowitsch, den Oppositionsanführern sowie den Vertretern der EU und Russlands beschlossen.

17:30

Vitali Klitschko erklärte im Interview mit der „Bild“-Zeitung, die Opposition werde mit dem Präsidenten des Landes Viktor Janukowitsch eine Vereinbarung unterzeichnen. Er fügte auch hinzu, dafür seien Verhandlungen mit den auf dem Maidan anwesenden Protestlern notwendig.

17:08

Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen verurteilte das Blutvergießen in der Ukraine und sprach von der Verantwortung der ukrainischen Regierung im Falle des Einsatzes der Armee bei der Lösung der Krise.

16:10

„Bei den Verhandlungen zur Lösung der Krise in der Ukraine ist ein „heikles Moment“ aufgetreten. Alle Parteien sollten berücksichtigen, dass ein Kompromiss bedeutet, etwas weniger als 100 Prozent zu bekommen“, schrieb Polens Außenminister Radoslaw Sikorski in seinem Beitrag auf Twitter.

15:22

Die Erklärung des ukrainischen Präsidenten folgte auf Verhandlungen mit den Oppositionsführern sowie Vertretern aus Russland und der EU.

Janukowitsch verkündete auch seine Bereitschaft, zu der Verfassung des Jahres 2004 zurückzukehren, wodurch der Premierminister und das Parlament zu größeren Vollmachten bekommen werden.

„Hiermit initiere ich vorgezogene Präsidentschaftswahlen. Ich verkünde auch die Rückkehr zu der Verfassung von 2004 mit einer Umverteilung der Befugnisse zugunsten einer parlamentarischen Republik“, heißt es in einer Erklärung auf der Website des ukrainischen Präsidenten.

14:29

Die Zahl der Todesopfer bei den Unruhen in der Ukraine ist auf 80 Menschen gestiegen, berichtet der Innenminister des Landes Vitali Sachartschenko.

„Wenn man sagt, es seien 13 Menschen auf der einen und 67 von der anderen Seite ums Leben gekommen, hört es sich für mich wild an, denn wir haben 80 unsere Bürger getötet“, steht es in einer Erklärung des Innenamts auf Facebook.

Zuvor hatte das Gesundheitsministerium 77 Tote gemeldet.

13:50

Der Fall der Griwna auf dem internationalen Währungsmarkt hat eine aufeinanderfolgende Devaluation in den mittel- und osteuropäischen Nachbarländern der Ukraine hervorgerufen.

Bei der Ausschreibung in Ungarn sank der Wert des Forints auf das zweijährige Mindestmaß gegenüber dem Euro. Andere Währungen der Region – der polnische Zloty, der rumänische Leu und die tschechische Krone – sind ebenfalls billiger geworden.

13:10

Die ukrainische Opposition hat gefordert, dass die Oberste Rada (Parlament) am Freitag die Freilassung der inhaftierten Ex-Premierministerin Julia Timoschenko behandelt, sagte Arsenij Jazenjuk, Spitzenvertreter der Oppositionsfraktion „Batkiwschina“ (Vaterland).

Außer der Frage der Rückkehr zur Verfassung von 2004 fordert die Opposition, auch andere Fragen zu behandeln, die dem Land zur Überwindung der Krise verhelfen würden.

„Wir bestehen auf der Freilassung von Julia Timoschenko“, sagte Jazenjuk im Parlament.

Am Freitagmorgen gingen in Kiew die Verhandlungen unter Teilnahme von Vertretern der Europäischen Union und Russlands zu Ende. Die Seiten einigten sich darauf, ein Abkommen über die Regelung der Krise zu paraphieren.

13:00

Die Protestler in der Institutska-Straße haben gegen Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden das Feuer eröffnet, meldet der Pressedienst des ukrainischen Innenministeriums.

„Die so genannten friedlichen Demonstranten haben den schwankenden Waffenstillstand zynisch verletzt, indem sie gegen die Sicherheitskräfte in der Institutska-Straße das Feuer eröffneten. Das Inlandskommando fordert auf, die kriminellen Handlungen sofort einzustellen“, heißt es im Bericht.

12:58

Der Sprecher des ukrainischen Parlaments, der Obersten Rada, Wladimir Rybak, hat

die Verordnung über das Verbot der Gewaltanwendung gegen die Teilnehmer der Protestaktionen unterzeichnet.

12:44

Wie der ukrainische Fernsehsender 1+1 berichtete, sieht das Abkommen eine vorgezogene Präsidentenwahl im Dezember, die Bildung einer Koalitionsregierung binnen zehn Tagen und eine Rückkehr zur Verfassung von 2004 binnen 48 Stunden vor.

12:29

Ukraine-Vermittler vereinbaren Unterzeichnung eines Abkommens zur Krisenbeilegung um 12:00 Uhr Ortszeit

12:27

Das Abkommen, dem auch die Vermittler aus Russland zugestimmt hätten, solle am Freitagvormittag unterzeichnet werden, teilte der Präsidentenpalast mit.

12:21

Die Zahl der getöteten Polizisten bei den Unruhen in Kiew ist auf 16 gestiegen, wie das ukrainische Innenministerium am Freitag mitteilte.

Am Donnerstag war von 13 Toten berichtet worden.

„Am 18. Februar brauchten insgesamt 565 Mitarbeiter des Innenministeriums medizinische Hilfe. 410 von ihnen wurden in Krankenhäuser eingeliefert. 130 Polizisten wurden mit Schussverletzungen in medizinische Einrichtungen gebracht“, heißt es in einer Mitteilung auf der Webseite des ukrainischen Ministeriums.

12:08

Die ukrainische Führung und drei EU-Minister haben nach Angaben des ukrainischen Präsidialamtes in ihren Verhandlungen eine Vereinbarung erzielt.

12:03

Vitali Klitschko hat die EU-Länder zur Militärintervention aufgefordert. Diese Nachricht wurde im Tagesspiegel veröffentlicht.

Klitschko erklärte gegenüber deutschen Journalisten: „Die Regierung hat bewusst eine Provokation organisiert, um den Unabhängigkeitsplatz mit Blut und Gewalt auseinanderzujagen, und die Proteste und die Aktivisten zu vernichten.“

Der Leiter der Partei Udar beschuldigte Janukowitsch unter anderem eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit.

In Kiew fordert Klitschko nach wie vor Verhandlungen mit Präsident Viktor Janukowitsch, erklärt jedoch im Westen die Notwendigkeit eines Einsatzes in der Ukraine.

11:36

Die Kiewer U-Bahn, die vor einigen Tagen wegen Terrorgefahr ihren Betrieb eingestellt hat, fährt jetzt wieder. Geschlossen bleiben nur die zentralen Stationen „Krestschatik“ und „Maidan Nesaleschnosti“, teilt die Kiewer Metro am Freitag auf ihrer Webseite mit.

Der Administrationschef der Stadt Kiew, Wladimir Makejenko, hatte den Beschluss über die Wiederaufnahme des U-Bahn-Verkehrs getroffen, nachdem der Sicherheitsdienst der Ukraine zugesichert hatte, der Stand der Sicherheit sei in allen Stationen, bis auf die zentralen, zufriedenstellend.

11:20

Die Mitglieder der radikalen ukrainischen Bewegung „Prawyj Sektor“ (Rechter Sektor) haben in der Stadt Schitomir Lenin-Denkmal zuerst angezündet und dann niedergeworfen.

11:03

Nach Angaben des ukrainischen Präsidialamtes einigen sich Vermittler der EU und Russlands mit Staatschef Janukowitsch und der Opposition auf eine Lösung der Krise.

10:33

Im ungarischen Innenministerium hat eine dringende Sondersitzung des Stabs zur Koordinierung der Handlungen des Notstanddienstes, der Polizei, der Migrationsbehörde, des ärztlichen Rettungsdienstes u.a.m. angesichts der Verschärfung der Lage in der benachbarten Ukraine stattgefunden.

10:25

Die Einwohner von Kiew haben sich wegen der drastischen Zuspitzung der Situation in den letzten zwei Tagen in Lebensmittelgeschäfte gestürzt.

Wie ein RIA-Novosti-Korrespondent berichtet, der am Donnerstag einen der Supermärkte besucht hat, kaufen die Menschen Mehl, Grütze und andere lagerfähige Lebensmittel auf. Dabei stehen an den Kassen lange Schlangen. In anderen Supermärkten ist die Situation ähnlich.

Am Donnerstag erschienen in Sozialnetzen Informationen über Schlangen an den Tankstellen.

Außerdem schränken einige Banken die Ausgabe von Bargeld sowohl in ihren Filialen als auch an den Geldautomaten ein.

10:17

Nach den letzten Angaben des ukrainischen Gesundheitsministeriums sind in Kiew bei Krawallen 77 Menschen getötet worden.

„577 Verletzte haben ärztliche Hilfe gebraucht. 369 von ihnen wurden in den Krankenhäusern untergebracht“, heißt es auf der Webseite des ukrainischen Gesundheitsministeriums. In den letzten 24 Stunden (am Donnerstag) meldeten sich 132 als verletzt. 82 von ihnen wurden in die Krankenhäuser eingeliefert.

10:05

Nach offiziellen Angaben starben allein am Donnerstag mindestens 45 Menschen.

10:00

Die Protestler haben die Soldaten der Innentruppen frei gelassen, die am 20. Februar am Unabhängigkeitsplatz festgenommen worden waren.

Der Freilassung trug eine Reihe der oppositionellen Abgeordneten bei. Die Festgenommenen sind Offiziersschüler am Institut der Innentruppen.

09:10

Das ukrainische Parlament werde am Freitag über eine Rückkehr zur Verfassung aus dem Jahr 2004 debattieren, die die Macht des Präsidenten begrenzt und das der Volksvertretung stärkt, sagte der stellvertretende Parlamentssprecher laut Itar-Tass Freitagfrüh im ukrainischen Fernsehen.

08:54

Nach blutigen Strassenschlachten hat Präsident Viktor Janukowitsch einen Waffenstillstand in der Ukraine zugesagt.

08:44

Der russische Vermittler Wladimir Lukin hat sich in die laufenden Krisengespräche eingeschaltet. Das berichtete am Freitag die russischen Nachrichtenagentur Itar-Tass unter Berufung auf die Beraterin des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch, Anna German.

08:36

Ein Austritt aus dem Bestand der Ukraine wird für die Krim im Falle eines Sturzes der legitimen Staatsführung in Kiew aktuell, erklärte Wladimir Konstantinow, Parlamentsvorsitzender der Autonomie, am Donnerstag.

„Der einzige Weg für uns ist ein Außerkraftsetzen des Beschlusses des Präsidiums des ZK der KPdSU über die Übergabe der Halbinsel Krim von der Russischen Föderation an die ukrainische Unionsrepublik“, sagte er in einer Sitzung der Fraktion der Liberaldemokratischen Partei Russlands in der russischen Staatsduma.

Für einen solchen Beschluss „wird in der ersten Etappe kein Referendum erforderlich sein“, fügte er an.

Momentan sei aber dieser Beschluss nicht aktuell. „Heute ist die Krim eine der

Stützen der zentralen Macht. Sollten wir uns jetzt mit dem Austritt befassen, werden wir das Land zugrunde richten, denn heute wird der Kampf nicht um die Krim, sondern um die Stadt Kiew geführt. Die Stadt darf auf keinen Fall verloren werden.“

Der Beschluss über die Übergabe der Halbinsel Krim aus dem Bestand der Russischen Föderation an die Unionsrepublik Ukraine war 1954 von dem damaligen KPdSU-Chef Nikita Chruschtschow initiiert worden. Nach dem UdSSR-Zerfall ging die Krim dementsprechend an die Ukraine.

20. Februar

23:46

Die Außenminister Frankreichs, Deutschlands und Polens haben am Donnerstag in Kiew dem ukrainischen Präsident Viktor Janukowitsch einen Antikrisenplan vorgelegt, berichteten deutsche Medien unter Berufung auf Quellen in der deutschen Delegation.

Demnach enthält der Plan drei Punkte: Bildung einer Übergangsregierung, Beginn der Verfassungsreform sowie die Durchführung vorgezogener Präsidenten- und Parlamentswahlen. Im Laufe von rund vier Stunden verhandelten Laurent Fabius, Frank-Walter Steinmeier und Radoslaw Sikorski mit Janukowitsch über die Lage im Land. Darauf trafen sich die drei Minister mit Oppositionsführern.

Nach einer Meldung der Agentur AFP werden Fabius, Steinmeier und Sikorski ihre Verhandlungen in der Ukraine am Freitag fortsetzen.

22:53

Die EU hat gegen die Ukraine Visumssanktionen eingeführt und Waffenlieferung ins Land verboten. Das erklärte die Hohe EU-Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton nach der Sondersitzung des EU-Außenministeriums zur Ukraine.

„Unter Umständen der Gewalteskalation beschloss die EU, Visumssanktionen einzuführen sowie die Finanzaktiva derjenigen einzufrieren, die dafür verantwortlich sind. Außerdem bestätigten wir die Entscheidung, die Wirkung der Lizenz für die Kampf- und Polizeitechnik einzustellen“, sagte Ashton.

22:39

Der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch ist nach Worten von Polens Regierungschef Donald Tusk zu vorgezogenen Wahlen in diesem Jahr bereit. Das meldete die Nachrichtenagentur Reuters am Donnerstag.

Zuvor waren die Außenminister Frankreichs, Deutschlands und Polens, Laurent Fabius, Frank-Walter Steinmeier und Radoslaw Sikorski, in Kiew mit Janukowitsch verhandelt und hatten sich dann mit Vertretern der ukrainischen Opposition getroffen. Die drei Minister waren am gleichen Tag zu Krisengesprächen in der Ukraine eingetroffen.

21:32

Die Kiewer kaufen massenweise Lebensmittel ein, viele Läden der Stadt sind schon leer. Lange Menschengängen stehen auch Bankautomaten an. Zahlreiche Staus sind neben Tankstellen entstanden.

20:53

Das Verteidigungsministerium der Ukraine hat am Donnerstag daran erinnert, dass diensthabende Armeeinghörige scharfe Munition einsetzen und andere erforderliche Maßnahmen ergreifen dürfen, um einen Angriff auf Militärobjekte abzuwehren.

„Gemäß Artikel 20 der Innendienstvorschrift der ukrainischen Streitkräfte dürfen Armeeinghörige bei der Erfüllung ihrer Dienstpflichten... Waffen tragen, sie und andere Spezialmittel in der von der Gesetzgebung festgelegten Ordnung verwenden“, hieß es in einer auf der Internetseite des Ministeriums veröffentlichten Mitteilung.

Zuvor hatte das Verteidigungsamt einen verstärkten Schutz von Waffendepots, Lagern und sonstigen Militärobjekten im Zusammenhang mit einer Zuspitzung der gesellschaftspolitischen Lage in Land angekündigt. Das Ziel sei, die Entwendung von Waffen, Munition und sonstigen Militärvermögen zu verhindern. Zugleich dementierte das Verteidigungsministerium Medienberichte, wonach Truppenteile der ukrainischen Streitkräfte zur gewaltsamen Beendigung blutiger Ausschreitungen nach Kiew verlegt werden.

20:42

64 Menschen sind bei den Unruhen in der Ukraine seit 18. Februar ums Leben gekommen, meldet das Gesundheitsministerium des Landes am Donnerstag.

Derzeit wird ein gerichtsmedizinisches Gutachten erstellt. 551 Menschen erlitten Verletzungen, 332 von ihnen wurden ins Krankenhaus eingeliefert.

Bei den Zusammenstößen in Kiew wurden 67 Militärs gefangen genommen. Wo und in welchem Zustand sie sich befinden, bleibt unbekannt.

19:41

Die Regierung der Ukraine hat ihren Teil der mit der Opposition erzielten Vereinbarungen nach Worten von Russlands Außenminister Sergej Lawrow erfüllt.

„Die Opposition ist es, die diese Vereinbarungen nicht einhält“, erklärte Lawrow am Donnerstag bei einem Besuch im Irak.

„Die Regierung und der Präsident der Ukraine haben mehrmals guten Willen an den Tag gelegt und Kompromisse mit der Opposition akzeptiert. Das könne man aber nicht von der Opposition sagen. Lawrow rief ferner westliche Partner auf, die Ukraine nicht mehr als eine Bauernfigur im geopolitischen Spiel zu missbrauchen.

19:35

Die Außenminister von Polen, Frankreich und Deutschland – Radoslaw Sikorski, Laurent Fabius und Frank-Walter Steinmeier – haben das Gebäude der ukrainischen Präsidentenverwaltung nach dem fast sechs Stunden langen Treffen mit Viktor Janukowitsch verlassen.

19:25

Ukrainische Protestler haben heute Morgen das Kernkraftwerk in der Stadt Riwne, angegriffen. Nach der Erstürmung des AKW besetzten die Aktivisten die administrativen Blöcke, zündeten Archive und den Hauptserver an.

18:30

Der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch hat das Treffen mit den Außenministern von Polen, Frankreich und Deutschland, das heute in Kiew stattfindet, unterbrochen.

„Janukowitsch ruft jetzt Putin an. Die Minister bitten ihn, seine Amtszeit bis zum Ende des laufenden Jahres zu kürzen“, berichtet die polnische Nachrichtenagentur PAP unter Berufung auf „eine zuverlässige Quelle“.

18:18

Eine Gruppe unbekannter Personen versucht, sich von der Seite des Chreschtschatyk an die Verwaltung des ukrainischen Präsidenten heranzudringen, neben der zurzeit mehrere Milizkordone im Einsatz sind. Es ertönen Schüsse und Explosionen.

18:06

Vertreter der ukrainischen Oppositionsparteien „Batkiwschtschina“, „Udar“ und „Swoboda“ haben die Abgeordneten am Donnerstag in die Oberste Rada geladen, um eine Sondersitzung durchzuführen und die Situation im Land zu erörtern.

Der Leiter der Partei Udar Vitali Klitschko hat bereits einen Ausweg aus der Krise vorgeschlagen. Er verlangt, dass sich die Abgeordneten der Obersten Rada zu einer Sitzung versammeln und dass eine neue Regierung gebildet wird.

Laut Klitschko sollen die grundsätzlichen Maßnahmen zur Krisenregelung vorgezogene Präsidentschaftswahlen miteinschließen. „Derzeit ist es die einzige Möglichkeit, die Gewalt zu stoppen“, sagte er.

16:39

Die Polizei hat das Zentrum von Kiew verlassen, die Kordons sind weggeräumt worden, kein Vertreter der Sicherheitsbehörden ist auf Straßen zu sehen. Es gibt auch wenige Fußgänger.

Derzeit sind lokale Banken, Geschäfte und Cafés geschlossen. Tankstellen und Verkaufsstände wollen bisher nicht schließen. Der Verkehr im Zentrum der ukrainischen Hauptstadt ist chaotisch, Verkehrsampeln funktionieren nicht.

Der Kiewer Bürgermeister Wladimir Makejenko beschloss nach massenhaften Krawallen in der Stadt, aus der regierenden Partei der Regionen auszuschneiden. Er wolle die persönliche Verantwortung für die Lebenstätigkeit der Stadt übernehmen, in der es erneut zu heftigen Zusammenstößen, die über 30 Menschenleben forderten, vor zwei Tagen kam.

16:08

Die Ereignisse in der Ukraine sind ein offenkundiger Versuch der Machtergreifung durch Gewalt, sagte der offizielle Vertreter des russischen Außenministeriums Alexander Lukaschewitsch am Donnerstag. Moskau fordert von den Anführern des Euro-Maidans in Kiew, unverzüglich das Blutvergießen zu stoppen.

Die Drohungen mit Sanktionen gegen die ukrainischen Behörden sind unangebracht und können die Lage zusätzlich verschärfen, fügte er hinzu. „Die andauernden Versuche, von außen zu vermitteln, mit Sanktionen zu drohen und auf sonstige Weise die Situation zu beeinflussen, sind unangebracht und können zu nichts Gutem führen, sondern nur den Konflikt zu verschärfen“, sagte Lukaschewitsch.

15:49

Klitschko – Sicherheitsbeamten: Leistet keinen Widerstand, und Menschen werden euch lebendig fortgehen lassen.

15:34

Bewohner des Gebiets Dnepropetrowsk in der Ukraine legen sich auf Gleise, um einen Zug mit Luftlandetruppen zu blockieren.

15:07

Olympia-Athleten haben der Toten in der Ukraine mit einer Schweigeminute gedacht.

15:06

Die Zahl der Toten im Hotel „Ukraina“ am Unabhängigkeitsplatz ist auf 13 gestiegen.

14:51

Im Zusammenhang mit der Verschärfung der Lage in Kiew und in den anderen ukrainischen Städten hat etwa die Hälfte der ukrainischen Athleten die Olympia-Sotschi verlassen.

Dies meldet der Sender BBS News mit Verweis auf einen Sprecher der Olympischen Komitees der Ukraine.

IOC-Vertreter Mark Adams teilte mit, ein Teil der Ukrainer habe beschlossen, heimzukehren. Er präzisierte dabei nicht, wie viele es waren.

14:40

Russland wird die Zusammenarbeit mit der Ukraine fortsetzen, aber wird davon ausgehen, dass die Macht legitim ist, sagte der russische Premierminister Dmitri Medwedjew.

Russland wird sich an alle Vereinbarungen halten, fügte der hinzu. „Zugleich gehen wir davon aus, dass sich die Behörden (in der Ukraine) konzentrieren sollen, um die Menschen zu verteidigen, um die Sicherheitsbehörden zu verteidigen, die staatliche Interessen und dieselben Menschen verteidigen, nur in diesem Fall kann eine vollwertige wirtschaftliche Zusammenarbeit entwickelt werden“, so Medwedjew. Der Premierminister bat die Mitglieder der russischen Regierung, sich an diese Position zu halten.

14:34

Das Büro der Partei „Batkiwschtschina“ wurde in Odessa in Brand gesteckt.

14:33

Alle Gerichte schließen in Kiew, sagt ein Abgeordneter.

EU bereitet Sanktionen gegen die ukrainischen Behörden vor, die an der Gewalt beteiligt sind, telt das französische Außenministerium mit.

14:25

Die Gefangenen werden hinter die Barrikaden neben dem Oktober Palast geführt.

13:57

Soldaten der Innentruppen ergeben sich massenweise den Protestlern an dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew – gefangen genommen sind bereits an die 100 Soldaten. Dies melden die „Ukrainischen Nachrichten“.

Die Gefangenen werden hinter die Barrikaden neben dem Oktober Palast geführt. Es wird mitgeteilt, dass man sie nicht zu verprügeln versucht. Sie werden in den Zelt mit der Überschrift „Kiews Komendatur“ geführt. Vorerst sind unter den Gefangenen nur Soldaten zu sehen. Offiziere sind dabei nicht bemerkt worden.

13:38

Zehn Leichen liegen auf dem Unabhängigkeitsplatz nahe dem Hotel „Kosazkij“ auf dem Boden.

13:02

Die EU will Sanktionen gegen die Ukraine verhängen, sagte der französische Außenminister Laurent Fabius am Donnerstag.

„Ich sage ihm (dem ukrainischen Präsidenten Janukowitsch), dass er die Gewalt, die absolut inakzeptabel ist, stoppen soll, und dass wir Sanktionen am Donnerstag gegen diejenigen, die für die Gewalt verantwortlich sind, verhängen wollen“, sagte Fabius in einem Interview für den Rundfunksender „Europe 1“.

12:49

In der ukrainischen Hauptstadt Kiew haben die Demonstranten nach erneuten Auseinandersetzungen mit der Polizei die Kontrolle über den Maidan-Platz zurückgewonnen. Fernsehbilder zeigten, wie die Regierungsgegner auf Gebiete vorrückten, die am Tag zuvor in der Hand der Polizei gewesen waren. Mehrere Polizisten wurden von Demonstranten gefangen genommen und weggebracht.

12:48

Ukrainer blockieren bereits die vierte Übergangsstelle an der Grenze zu Polen.

12:36

Die Mitarbeiter des ukrainischen Ministerkabinetts sind aufgefordert worden, das Gebäude zu verlassen, teilte ein Regierungsinsider Journalisten mit.

„Alle Mitarbeiter wurden aufgefordert, das Gebäude zu verlassen“, sagte er. Zuvor wurde die Oberste Rada in Kiew evakuiert.

12:23

US-Präsident Barack Obama warnt die ukrainische Regierung, dass es Konsequenzen für die Ukraine haben wird, wenn die Seiten des Konfliktes eine Linie überschreiten werden.

Dazu gehören auch Garantien, dass sich das ukrainische Militär nicht in Angelegenheiten einmischen wird, die von Zivilisten gelöst werden sollen, sagte US-Präsident westlichen Medienberichten zufolge am Mittwoch in Mexiko.

Die USA verurteilen entschlossen die Gewalt und glauben, dass die ukrainische Regierung einen friedlichen Umgang mit friedlichen Protestlern garantieren soll, betonte Obama.

Die USA und ihre EU-Partner können seinen Worten zufolge auch Sanktionen gegen die Ukraine verhängen.

12:18

Die Oberste Rada wird dringend evakuiert, die Abgeordneten und die Mitarbeiter verlassen das Parlament. Die Ursachen der Evakuierung sind bisher nicht bekannt.

Das Parlament wird praktisch nicht gesichert.

Trotz des Waffenstillstandes, der von den Oppositionsführern und Präsident Viktor Janukowitsch verkündet wurde, kam es am Donnerstag erneut zu bewaffneten Zusammenstößen auf dem Unabhängigkeitsplatz.

12:09

Werchowna Rada: Bis zur Veränderung der Verfassung wird vom ukrainischen Parlament ein „Krisen“-Gesetzesentwurf zur Regelung aller Machtorgane erarbeitet.

12:08

Mehr als 20 Polizisten sind von einem Scharfschützen an dem Unabhängigkeitsplatz in der ukrainischen Hauptstadt Kiew verletzt worden.

11:36

Mehr als 20 Polizisten sind von einem Scharfschützen an dem Unabhängigkeitsplatz in der ukrainischen Hauptstadt Kiew verletzt worden.

„Es ist festgestellt worden, dass an dem Unabhängigkeitsplatz, möglicherweise aus dem Gebäude des Konservatoriums, das Feuer aus einer Schusswaffe gegen die Angehörigen der Einheit Berkut geführt wurde. Mehr als 20 Berkut-Soldaten sind verletzt“, heißt es auf der Webseite des ukrainischen Innenministeriums.

11:24

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, der polnische Außenminister Radoslaw Sikorski und der französische Außenminister Laurent Fabius sind am Donnerstag in Kiew eingetroffen.

„Das Ziel meines Besuches ist, das Blutvergießen zu stoppen. Wir sollen einen politischen Dialog zwischen der Opposition und den Behörden wiederherstellen“, betonte Laurent Fabius vor dem Abflug nach Kiew.

Am Donnerstagabend werden die EU-Außenminister in einer außerordentlichen Sitzung des Europarates auf Außenministerebene über die Ergebnisse der Verhandlungen in Kiew berichten.

10:55

Am Donnerstagabend werden die EU-Außenminister in einer außerordentlichen Sitzung des Europarates auf Außenministerebene über die Ergebnisse der Verhandlungen in Kiew berichten.

10:25

Aktivisten kommen weiterhin auf dem Unabhängigkeitsplatz an, im Zentrum von Kiew wird der Waffenstillstand erhalten.

10:08

Die Zahl der Protestler, die in Kiew ums Leben kamen, ist auf 28 gestiegen.

10:06

445 Menschen mussten nach Krawallen ärztlichen Rat einholen, heißt es auf der Webseite des ukrainischen Gesundheitsministeriums.

„Bis 6:00 Uhr am 20. Februar 2014 holten 445 Menschen, die bei Krawallen im Zentrum der Hauptstadt verletzt wurden, ärztlichen Rat ein, 287 davon wurden in Krankenhäuser eingeliefert“, heißt es.

Unter denen, die in Krankenhäuser eingeliefert wurden, sind 88 Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden, sechs Journalisten, vier Kinder und zwei Ausländer. Zuvor wurde berichtet, dass einer davon ein russischer Bürger ist.

09:45

Die am Platz stehenden Gebäude sind nach wie vor von Demonstranten besetzt.

09:42

Weder radikal gestimmte Protestler noch die Sicherheitskräfte haben aktive Handlungen unternommen, aber auf Barrikaden im Zentrum von Kiew wurden Autoreifen weiterhin in Brand gesteckt, ab und zu waren Explosionen von Petarden und Schüsse zu hören. Die Polizei reagiert darauf nicht.

Die am Platz stehenden Gebäude sind nach wie vor von Demonstranten besetzt. In der staatlichen Fernseh- und Rundfunkanstalt Gosteleradio sind der Stab des nationalen Widerstandes und eine Sanitätsstelle untergebracht.

09:31

Obama: Kiew muss freie Wahlen anstreben – „Kein amerikanisch-russisches Schachbrett“.

08:51

Um 9:00 Uhr werden Janukowitsch und die Opposition Verhandlungen fortsetzen.

08:22

Am späten Mittwochabend vereinbarten Präsident Viktor Janukowitsch und die Opposition eine vorläufige Waffenruhe. Das teilten beide Seiten übereinstimmend mit. Ein Sturm von Sicherheitskräften auf den zentralen Unabhängigkeitsplatz stehe derzeit nicht zur Debatte, erklärten die Oppositionsführer Arsenij Jazenjuk und Vitali Klitschko nach einem Treffen mit Präsident Janukowitsch.

19. Februar

23:54

Russlands Präsident Wladimir Putin und Bundeskanzlerin Angela Merkel haben am Mittwoch in einem Telefongespräch ihre Besorgnis über die Zuspitzung der Lage in der Ukraine geäußert.

23:36

Schulen und Kindergärten werden bis 21. Februar geschlossen bleiben

23:08

Die Verhandlungen der Opposition mit dem ukrainischen Präsidenten können am

späten Mittwochabend stattfinden, teilte die Beraterin des Präsidenten der Ukraine Anna German.

23:01

Bei der Antiterror-Operation in der Ukraine könnten Militärangehörige der Streitkräfte des Landes eingesetzt werden, berichtete das Verteidigungsministerium der Ukraine.

Zuvor war der Beginn einer Antiterror-Operation auf dem Territorium des Landes bekanntgegeben worden.

In der Zwischenzeit wurde in Kiew nach einem Brand in einer Garage ein Munitionslager gefunden. Insgesamt wurden 60 Granatengehäuse und Chemikalien für die Herstellung von Sprengstoffen beschlagnahmt, teilte die Hauptverwaltung des Innenministeriums der Ukraine mit.

22:56

Führende EU-Repräsentanten haben die ukrainischen Behörden wegen übermäßiger Gewalt gegenüber den Demonstranten gebrandmarkt.

„Wir verurteilen die nicht adäquate Anwendung von Gewalt durch die Machthaber in der Ukraine und rufen alle Seiten auf, vor Gewalt abzusehen“, erklärte der EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy am Mittwoch in Brüssel. „Wichtig ist, die Situation zu beruhigen und die Sicherheit zu erhöhen... Die ukrainischen Behörden haben die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen“, hieß es.

22:42

Die Frage von möglichen Sanktionen der EU sei angesichts der gegenwärtigen Situation in der Ukraine unangebracht und unzeitgemäß, sie würden keinen großen Einfluss auf ihre Lösung haben, sagte Russlands ständiger Vertreter bei der Europäischen Union, Wladimir Tschischow.

Tschischow zufolge, würde es, wenn „die Europäische Union gegen die Vertreter der aktuellen ukrainischen Führung Sanktionen verhängt, bedeuten, dass sie sich eindeutig mit jenen Kräften solidarisiert, die gesetzwidrig versuchen, die demokratisch gewählte Regierung und den Präsident zu stürzen“.

22:27

Die Mitglieder des Begleitausschusses der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Marietta de Pourbaix-Lundin und Mailis Reps, forderten die Abgeordneten der Obersten Rada zum Dialog und zur vollständigen Untersuchung der Umstände der Todesfälle während der Auseinandersetzungen im Zentrum von Kiew am 18. Februar auf. Dies berichtete am Mittwoch, den 19. Februar, die Nachrichtenagentur UNN.

22:19

Der Euro-Maidan ist kein ziviler Protest, sondern eine gut vorbereitete politische

Operation, erklärte der Leiter des Ausschusses der russischen Duma (Unterhaus des Parlaments) für Internationale Angelegenheiten, Alexej Puschkow.

Ihm zufolge könnte der dreimonatige zivile Protest, wie er in den westlichen Medien dargestellt wird, nicht durchhalten, wenn er nicht gut organisiert und im Voraus bezahlt sei. Puschkow stellte fest, dass der Maidan in vielen Regionen der Ukraine keine Unterstützer finde.

Heute sagte außerdem Russlands Außenminister Sergej Lawrow in einem Telefongespräch mit seinem deutschen Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier, Russland fordere die EU-Partner auf, ihre Kontakte mit der ukrainischen Opposition dazu zu verwenden, um sie zur Zusammenarbeit mit den Behörden des Landes anzuregen.

22:00

Radikal gesinnte Oppositionelle in der Ukraine haben in den zurückliegenden 24 Stunden rund 1.500 Schusswaffen und 100.000 Stück Munition entwendet. Das erklärte der ukrainische Sicherheitsdienst SBU am Mittwoch.

Die Extremisten seien bei der Besetzung von Verwaltungsgebäuden in den Besitz von Waffen gelangt, die dort eingelagert worden waren, hieß es.

21:33

Die USA rechnen auf Russlands Unterstützung bei den Bemühungen, die darauf abzielen, die Spannungen in der Ukraine zu mildern, sagte am Mittwoch der stellvertretende Assistent des US-Präsidenten für nationale Sicherheit, Ben Rhodes.

Rhodes bezeichnete die Geschehnisse in Kiew, wo Zusammenstöße zwischen Demonstranten und der Polizei zum Verlust von Menschenleben geführt hatten, als inakzeptabel. Die Vereinigten Staaten glauben, dass die Behörden die polizeilichen Spezialeinheiten von den Straßen abziehen und einen Dialog mit der Opposition aufnehmen sollten.

Laut dem Vertreter der Administration verfolgt Präsident Barack Obama die Entwicklungen in der Ukraine mit Aufmerksamkeit.

21:10

Kiewer Miliz nahm über 60 Protestler fest.

20:52

Um 19:00 Uhr (Kiewzeit) findet auf dem Maidan eine Kundgebung statt

20:38

Der stellvertretende Außenminister von Polen, Piotr Serafin, erklärte, dass die EU-Länder in der Frage der Verhängung von Sanktionen gegen Personen, die für die Eskalation der Gewalt in der Ukraine verantwortlich sind, einen Konsens erreicht haben.

„Es besteht vollkommene Einvernehmen in den Ansichten aller Menschen, mit denen Polens Premierminister Donald Tusk gesprochen hat“, teilte Serafin mit.

Früher hatten die EU-Außenminister gesagt, dass sie am Donnerstag finanzielle Sanktionen und Visa-Einschränkungen gegen die Verantwortlichen für die Gewalt in der Ukraine erörtern würden.

Außerdem berichtete der US-Botschafter in der Ukraine, Jeffrey Piatt, von der Annullierung der Visa für eine Reihe ukrainischer Beamten.

20:33

Demonstranten besetzen Gebäude des staatlichen Komitees für Fernsehen im Zentrum von Kiew.

20:17

Martin Schulz, der Präsident des Europäischen Parlaments, sagt, dass die ukrainischen Behörden durch das gewaltsame Vorgehen gegen Demonstranten in Kiew, das zahlreiche Opfer gefordert hat, ihre Legitimität fast verloren haben. Er fordert zur dringenden Beendigung des weiteren Blutvergießens auf.

20:17

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Frankreichs Präsident François Hollande haben sich für Sanktionen gegen die Urheber der Gewalt in der Ukraine ausgesprochen.

Die EU-Außenminister sollen auf ihrer Sondersitzung zur Lage in der Ukraine am Donnerstag entscheiden, welche spezifischen Sanktionen verhängt werden, sagte die Kanzlerin bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Hollande am Mittwoch in Paris. „Diejenigen, die sich für diese Taten zu verantworten haben, müssen wissen, dass sie auf jeden Fall sanktioniert werden“, so Merkel.

„Die Bilder, die uns seit gestern von dort erreichen, sind schockierend.“ Hollande sprach mit Blick auf die Lage in der Ukraine von „Ereignissen, die nicht toleriert werden können“ und die er „strengstens verurteilt“. Laut Merkel könne nur der politische Dialog Fortschritte bringen. Es gehe um die Fragen einer „Übergangsregierung und freien Wahlen“, erklärte die Kanzlerin. Merkel und Hollande waren am Mittwoch zu deutsch-französischen Regierungskonsultationen in Paris zusammengekommen. Die Bundeskanzlerin wurde auf ihrer Reise in die französische Hauptstadt von mehr als einem Dutzend Ministern begleitet.

20:16

Der deutsche Außenminister Steinmeier plant angesichts der Lage in der Ukraine gemeinsam mit seinen polnischen und französischen Amtskollegen, Radoslaw Sikorski und Laurent Fabius, morgen früh nach Kiew zu reisen. Die Reise erfolgt in Absprache mit der hohen Beauftragten für die Europäische Außenpolitik Catherine Ashton.

19:47

Radikale haben während des Angriffs auf das Gebäude der regionalen Polizei im ukrainischen Gebiet Wolyn den Gouverneur Alexander Baschkalenko am Kopf verletzt und ihn dann mit Handschellen an die Bühne gefesselt, berichten lokale Medien.

Laut Journalisten wurde der Gouverneur festgehalten, als er zu der Demonstrantenmenge ging. Man forderte von Baschkalenko, einen Rücktritts Antrag zu unterzeichnen.

In der Zwischenzeit wurde in der Stadt Chmelnytski während der Erstürmung des Gebäudes des Sicherheitsdienstes der Ukraine durch die Oppositionellen von einem Scharfschützen aus einem vorbeifahrenden Auto eine Frau erschossen, berichten Medien.

Augenzeugen behaupten, dass auf die Frau sechs bis acht Kugeln abgefeuert wurden und sie in einem Krankenwagen starb.

19:43

Die Europäische Union prüft Finanzsanktionen und Einreisesperren gegen die Verantwortlichen für die Gewalt in der Ukraine.

19:31

Neben den Überfällen auf die Büros der Regierungspartei der Regionen und der Kommunistischen Partei in den westlichen Regionen wurden in der Ost-Teilen der Ukraine Büros der oppositionellen Parteien angegriffen, meldet RBC-Daily.

In der Stadt Kriwoj Rog wurde das Büro der Partei Udar (Schlag) von Vitali Klitschko in Brand gesetzt. Unbekannte haben eine Brandflasche reingeworfen. Der Oberste Rat der autonomen Republik Krim hat Präsident aufgerufen, Ausnahmezustand zu verhängen, berichtet das Internet-Portal Utro.ru.

19:25

Nach der Gewalteskalation in der Ukraine haben die Sicherheitsdienste einen landesweiten "Anti-Terror"-Einsatz angekündigt. Das geht aus einer Mitteilung des Leiters des ukrainischen Sicherheitsdienstes Alexander Yakimenko hervor.

Yakimenko fügte hinzu, der ukrainische Präsident Janukowitsch sei bereits darüber informiert worden.

18:45

Polens Außenminister Radoslaw Sikorski wird auf Antrag der EU-Führung in naher Zukunft Kiew besuchen, berichten Medien. Einzelheiten über den Besuch liegen noch nicht vor.

Auch heute erklärte Polens Premierminister Donald Tusk, dass Polen bereit sei, Flüchtlinge und Verletzte im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Ukraine

aufzunehmen.

Der Regierungschef sagte, dass die Visegrád-Gruppe (Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn) derzeit die Koordinierung der gemeinsamen Handlungen für die Aufnahme von Ukrainern besprechen, die medizinische Versorgung benötigen.

Tusk teilte mit, dass in Polens Krankenhäuser elf ukrainische Bürger liegen, die bei den Unruhen in Kiew am Dienstag verletzt wurden.

18:32

Der Kreml verfolgt aufmerksam die Entwicklung in der Ukraine, hält sich aber weiterhin an das Prinzip der Nichteinmischung, sagte Dmitri Peskow, Pressesekretär des Präsidenten Russlands.

17:56

Laut jüngsten Angaben sind bei den Ausschreitungen in Kiew 26 Menschen ums Leben gekommen, weitere 751 Personen haben Verletzungen erlitten. 605 Menschen, 263 Oppositionelle und 342 Sicherheitsbeamten, wurden in Krankenhäuser eingeliefert. Unter den Getöteten sind zehn Polizisten.

17:15

Bundeskanzler Gerhard Schröder lehnt eine Vermittlerrolle im Ukraine-Konflikt ab – und schlägt dafür die Vereinten Nationen vor. Ferner sagte Schröder, die Europäische Union habe sich wegen ihrer einseitigen Parteinahme für die Opposition diskreditiert und ist dadurch selber Partei.

17:13

Demonstranten haben am Mittwoch das Konservatorium auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew besetzt und wollen dort eine Sanitätsstelle einrichten. Nach Angaben der Protestler werde der Raum gemietet.

Am Dienstag verdrängten die Sicherheitskräfte die Protestler aus dem Oktober-Palast, der Nationalen Akademie der Wissenschaften, dem Ukrainischen Haus und dem Gewerkschaftshaus im Zentrum der ukrainischen Hauptstadt.

Jetzt funktioniert eine Sanitätsstelle für Aktivisten in der St. Michaelsklosterkirche neben dem ukrainischen Außenministerium.

16:53

Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation hat heute eine besondere Erklärung über die Ereignisse in Kiew bekanntgegeben.

Infolge der kriminellen Aktivitäten der radikalen Kräfte der Opposition ist vorige Nacht in Kiew und anderen ukrainischen Städten das Blut vergossen. Es gab Tote und Verwundete sowohl unter der Zivilbevölkerung als auch unter den Mitarbeitern der Sicherheitskräfte, die die berechtigten Interessen des Staates zur Gewährleistung die Rechtsstaatlichkeit verteidigen.

In den westlichen Regionen der Ukraine kam es zur Besetzung der Gebäude der Miliz, der Staatsanwaltschaft und Armee-Einheiten. Randalierende Gruppen verhöhnen Mitarbeiter der Miliz, Militäranghörige, Dutzende von denen Verletzungen erlitten haben. In der Tat geht es um einen Versuch, gewaltsam die Macht zu ergreifen.

Empörung weckt die fehlende Reaktion auf die Aktionen der Radikalen seitens der Oppositionsführer, die unter dem Deckmantel der demagogischen Slogans über ein Engagement für Demokratie und europäische Werte eine „braune“ Revolution fördern.

Wir sehen auch keine klare Reaktion der europäischen Politiker und Strukturen, die sich weigern, anzuerkennen, dass die gesamte Verantwortung für die Handlungen der radikalen Kräfte in der Ukraine bei der Opposition liegt.

Die russische Seite verlangt, dass die Führer des „Platzes“ (Maidan) das Blutvergießen in ihrem Land stoppen und den Dialog mit den legitimen Behörden ohne Drohungen und Ultimaten sofort wiederaufnehmen.

Die Ukraine ist für Russland ein freundlicher Bruderstaat und ein strategischer Partner, und wir werden allen unseren Einfluss nutzen, um im Land Ruhe und Frieden herzustellen.

16:37

Demonstranten haben das Hauptpostamt auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew besetzt.

16:34

Außenminister Steinmeier sagte heute (19.02.) am Rande der deutsch-französischen Regierungskonsultationen zur Lage in Kiew:

Der gestrige Ausbruch von Gewalt ist erschreckend, die hohe Zahl der Opfer furchtbar, die auf Seiten der Demonstranten und Polizisten gestern Nacht zu beklagen sind.

Jetzt darf es nicht zum Äußersten kommen, es braucht dringend eine Atempause. Ich fordere mit allem Nachdruck dazu auf, jetzt auf Gewalt zu verzichten. Das gilt für die Sicherheitskräfte, aber auch für die radikalen Elemente unter den Demonstranten.

Es liegt in der Verantwortung von Präsident Janukowitsch, der Regierung und den Sicherheitskräften, besonnen zu agieren und zu deeskalieren.

Jedem muss klar sein, dass Gewalt überhaupt keine Lösung ist, sondern alles nur viel schlimmer macht. Die Verzögerungstaktik von Präsident Janukowitsch hat die Ukraine teuer bezahlt. Seine Verweigerung ernsthafter Gespräche über eine friedliche Konfliktlösung und Verfassungsreform ist ein großer Fehler.

So schwer das angesichts des gestrigen Gewaltausbruchs auch ist: Jetzt muss es darum gehen, die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme eines politischen

Verhandlungsprozesses herzustellen.

16:00

Der amtierende ukrainische Verteidigungsminister Pawlo Lebedew hat den Befehl gegeben, die selbstständige Luftlandebrigade 25 aus Dnipropetrowsk nach Kiew zu entsenden. Dies teilte er Journalisten mit.

„Die Waffenlager werden stärker gesichert, um Entwendung von Waffen, Munition und sonstigem Militärgut zu vereiteln“, so Lebedew.

„Die Informationen darüber, dass Teile und Einheiten der Streitkräfte verlegt werden, um Demonstranten in Kiew auseinanderzujagen, entsprechen der Realität nicht“, betonte der Pressedienst des Verteidigungsministeriums.

15:48

Dmitri Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, erzählte von einem Gespräch des Staatsoberhauptes mit seinem ukrainischen Amtskollegen Viktor Janukowitsch vorige Nacht, gab aber keine Details des Dialogs zwischen den Politikern an.

Peskow betonte, dass der Kreml die Entwicklungen in Kiew mit Aufmerksamkeit verfolge.

In der Zwischenzeit fassten die Kiewer Behörden den Beschluss, ca. 30 Schulen und 30 Kindergärten zu schließen, die sich in der Nähe des Epizentrums der Zusammenstöße im Zentrum der Hauptstadt befinden.

Darüber hinaus besetzen Protestler im Westen der Ukraine regionale Verwaltungsgebäude und erstürmen Sicherheitseinrichtungen. Im Osten des Landes werden sporadische Aktionen der Opposition von den Bürgern selbst unterbunden. Regionale Behörden fordern, den Ausnahmezustand zu verhängen.

15:26

Demonstranten haben die städtische Polizeiverwaltung in Lwiw besetzt und alle Festgenommene aus der U-Haft entlassen.

15:10

Ukrainische Oppositionelle werden sich um 13 Uhr (Ortszeit) mit Botschaftern ausländischer Staaten in der deutschen Botschaft treffen.

14:59

Polen wird in der EU für die Annahme der Sanktionen gegen die Ukraine plädieren. Dies teilte der polnische Regierungschef Donald Tusk in seiner Stellungnahme in dem polnischen Sejm mit.

Wie er dabei sagte sind die Sanktionen eher eine moralische Reaktion, als ein Mechanismus, der zu positiven Wandlungen führen könnte. „Wenn sich die Ereignisse in der Ukraine genauso tragisch, wie jetzt, entwickeln werden, so werden

die Sanktionen eindeutig nicht helfen“, sagte Tusk.

Belgiens Außenminister Didier Reynders teilte auch am Mittwoch mit, sein Land sei für die EU-Sanktionen gegen die ukrainischen Behörden.

14:45

Papst Franziskus hat alle Teilnehmer am ukrainischen Konflikt aufgerufen, die Gewalt zu stoppen.

14:38

„Die Geschehnisse im Zentrum von Kiew sind ein direktes Ergebnis der Duldung seitens derjenigen westlichen Politiker und der europäischen Gremien, die ein Auge bei den aggressiven Handlungen der radikalen Kräfte in der Ukraine zudrücken und somit diese zur Eskalation der Gewalt und Provokationen gegenüber den legitimen Behörden aufmuntern“, heißt es in einem Kommentar des Departements für Information und Presse des russischen Außenministeriums.

„Wir rufen erneut die ukrainische Opposition dazu auf, auf die Drohungen und Ultimaten zu verzichten und einen konstruktiven Dialog mit der Regierung zwecks Überwindung der Krise in der Ukraine einzuleiten“, heißt es in dem Dokument.

14:29

Janukowitsch hat den 20. Februar zum Trauertag um die Opfer der Krawalle erklärt.

13:55

Am Blutvergießen in Kiew sind „radikal gestimmte Kräfte“ schuld, sagte der amtierende ukrainische Premierminister Sergej Arbusow. Die Sitzung der ukrainischen Regierung hat begonnen.

13:47

Drei Polizisten von der Krim sind am Dienstag in Kiew ums Leben gekommen, teilte Vorsitzender des ukrainischen Parlaments Wladimir Konstantinow mit. Er schlug vor, mit einer Schweigeminute der Toten zu gedenken.

13:35

Protestler haben in der Nacht zum 19. Februar die regionale Verwaltung der Polizei, des Sicherheitsdienstes und der Staatsanwaltschaft besetzt.

Gas fließt weiter durch die Ukraine

Laut einer Mitteilung des russischen Energiekonzerns Gazprom wird das Erdgas nach Europa trotz der Eskalation der Unruhen ordnungsgemäß über das Territorium der Ukraine geliefert.

Wie ein Sprecher des Unternehmens betonte, war „der Transit des russischen Erdgases über das Territorium Georgiens auch dann störungsfrei, als dort Krieg war“.

Im Januar hatte Gazprom 14,7 Milliarden Kubikmeter Gas nach Europa exportiert.

13:29

Das Gewerkschaftshaus ist in Kiew durch den Brand vernichtet worden.

13:21

Der polnische Premier Donald Tusk ruft zur Verhängung von Sanktionen gegen die Ukraine auf.

13:03

Der Linke-Vorsitzende Gregor Gysi hat Ex-Kanzler Gerhard Schröder als Ukraine-Vermittler vorgeschlagen.

Der Konflikt in der Ukraine müsse von jemandem geregelt werden, der deutliche Worte spricht, meint Linke-Vorsitzender Gregor Gysi.

“Bei allen meinen sonstigen Vorbehalten: Wie wär’s mit Gerhard Schröder?“, so Gysi im Deutschlandfunk. Es müsse eine Lösung gefunden werden, mit der sowohl die Ukraine als auch Russland und die EU leben könnten, erklärte der Parteichef.

12:59

Der amtierende ukrainische Außenminister Leonid Koschara wird sich um 15:00 Uhr (Ortszeit) mit ausländischen Botschaftern treffen.

12:58

Die Ereignisse vom Dienstag stellen einen Versuch der Extremisten dar, die Macht in der Ukraine zu übernehmen. Dies teilte der amtierende Premier des Landes, Sergej Arbusow, in einer Regierungssitzung mit.

Wie er dabei hervorhob, verurteilen die ukrainische Regierung und die Weltgemeinschaft die Gewalt und Aggression.

„Die Protestteilnehmer hatten die Verwaltungsgebäude bereits geräumt. Gestern Abend haben jedoch die radikalisierten Demonstranten die Unruhen im Zentrum Kiews provoziert“, sagte Arbusow. „Das ist keine Präsentation der Demokratie und der zivilen Position der Menschen. Das ist eine Manipulation mit dem Bewusstsein der Bürger und ein Versuch, die Macht zu ergreifen“, sagte er.

12:56

US-Außenminister John Kerry und US-Vizepräsident Joe Biden haben Janukowitsch aufgerufen, die inakzeptable Gewalt auf Straßen zu stoppen und einen Dialog mit der Opposition mit Rücksicht auf die Forderungen der ukrainischen Bürger aufzunehmen, heißt es auf der Webseite des US-Außenministeriums.

12:53

Hunderte Menschen haben sich in Simferopol vor dem Obersten Rat der Krim versammelt. Sie fordern von den Behörden, den Krawallen in Kiew ein Ende zu setzen.

11:56

Die Behörden werden trotz der Krawalle Verhandlungen mit der Opposition fortsetzen, sagte die ukrainische Justizministerin Jelena Lukasch. „Wir rechnen mit dem Frieden, mit einem Dialog. Wir sind gegen die Gewalt in allen ihren Formen. Die Verhandlungen werden fortgesetzt“, so Lukasch.

11:46

Die Polizei setzt keine Schusswaffen ein, auf Demonstranten schossen „aggressiv gestimmte“ Aktivisten, teilt das ukrainische Innenministerium mit.

11:42

Drei Kinder unter 18 Jahren sind in Kiew in ein Kranknehaus eingewiesen worden. 351 Menschen, die bei Krawallen verletzt wurden, holten ärztlichen Rat ein.

11:34

Die U-Bahn bleibt in Kiew geschlossen. Die Einwohner wurden aufgerufen, auf Privatautos im Zentrum der Hauptstadt zu verzichten.

11:21

Die kanadische Botschaft in Kiew ist auf unbestimmte Zeit geschlossen, heißt es auf der Webseite der Botschaft.

11:20

Radikale blockieren Checkpoints an der ukrainisch-polnischen Grenze, teilt der ukrainische Staatliche Grenzdienst mit. Am Checkpoint „Krakowez“ setzten rund 40 Menschen Autoreifen in Brand.

11:14

Die Kiewer Stadtwerke haben die Barrikaden in der Gruschewski-Straße und in der Parkallee gegenüber dem Stadion „Dinamo“ weggeräumt. Dort wurde ein Kordon in Richtung des Ministerkabinetts und der Obersten Rada gebildet.

11:10

Die Sicherheitskräfte umzingeln den Unabhängigkeitsplatz in Kiew.

10:56

Die ukrainischen Oppositionsführer haben laut Präsident Viktor Janukowitsch die Grenze überschritten, indem sie Bürger zum bewaffneten Widerstand aufgerufen

haben. Die Schuldigen daran müssen vor Gericht gestellt werden, heißt es auf der Webseite des Staatschefs.

10:31

Bereits 25 Tote bei Unruhen in Kiew Das ukrainische Gesundheitsministerium hat bereits 25 Tote bei den Unruhen in Kiew gemeldet. Acht davon, darunter ein Journalist, seien im Krankenhaus ums Leben gekommen. Lokalen Medienberichten zufolge arbeitete der Journalist bei der Zeitung „Westi“.

Man habe den Berichtersteller aus einem Taxi herausgeholt, verprügelt und ihm in die Brust geschossen, hieß es. Hinter dem Mord werden die sogenannten „Tituschki“ (eine informelle Gruppierung, die zur Unterstützung der Spezialeinheiten der Polizei eingesetzt wird) vermutet.

Darüber hinaus wurden zwei Polizisten von Extremisten in Kiew erschossen, teilte ein Vertreter des ukrainischen Innenministeriums mit. 21 Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden wurden in ein Spital eingeliefert.

10:13

Die U-Bahn in Kiew wurde wegen angeblicher Terroranschläge geschlossen. Die U-Bahn in der ukrainischen Hauptstadt Kiew ist am Mittwoch wegen Terrorgefahr geschlossen worden und wird erst nach der Stabilisierung der Lage in der Stadt wieder geöffnet, teilte die Stadtverwaltung mit.

Außerdem wurden die Stadteinwohner aufgefordert, auf ihre Privatautos nach Möglichkeit zu verzichten.

Für den öffentlichen Stadtverkehr seien zusätzliche Verkehrsmittel zur Verfügung gestellt worden, die als Schienenersatzverkehr funktionieren, hieß es.

09:46

Der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch hat in seiner Botschaft an die Nation, die am Mittwoch auf der Homepage des Präsidenten veröffentlicht wurde, die Opposition zu einem Kompromiss aufgerufen.

09:33

Am Dienstagabend überschlugen sich die Meldungen zu den Vorkommnissen in Kiew. Derzeit ist von mehreren Toten und zahlreichen Verletzten die Rede. Die Auseinandersetzungen wurden am Dienstag zusehends von bürgerkriegsähnlichen Zuständen begleitet.

09:01

In der Nacht zum Mittwoch erklärte die renommierte Ärztin Olga Bogomolez im oppositionsnahen Fernsehsender 5. Kanal, dass die Kliniken in Kiew nach den Zusammenstößen beider Seiten überfüllt seien. Über 500 Verletzte wurden indes von offizieller Seite gemeldet. Unter ihnen sollen sich insgesamt 300 Sicherheitskräfte befinden.

08:41

Nach der Eskalation versinken die Proteste gegen den Präsidenten Viktor Janukowitsch in Blut und Chaos. Am Dienstagabend rückte die Polizei in Kiew mit Wasserwerfern und Gummigeschossen gegen die Regierungsgegner und deren Stellungen im Kiewer Stadtzentrum vor. Mit Feuerwerkskörpern haben die Demonstranten auf die Sicherheitskräfte reagiert.

18. Februar

Tausende Demonstranten wollen die Oberste Rada blockieren. Im Regierungsviertel kommt es zu Zusammenstößen. Die Polizei setzt Tränengas sowie Blend- und Lärmgranaten ein. Ein unvollständiges Minutenprotokoll.

23:54

Drei Milizionäre bei Zusammensetzungen ums Leben gekommen.

23:47

Brot und Bedarfsgüter aus Läden Kiews verschwunden.

23:22

Volksabgeordneter Andrei Parubi erleidet Schlaganfall.

23:08

Erster Toter beim Sturm des Maidan.

22:43

Zelte der Protestler brennen auf Maidan.

22:43

Maidan: Ukrainische Hymne verlautet von der Tribüne, Miliz immer noch im Einsatz.

22:27

Sicherheitskräfte treiben Protestler auf Maidan mit Wasserwerfern auseinander.

22:17

Sicherheitskräfte greifen Protestler von der Institutska-Straße mit Wasserwerfern an.

22:04

Miliz beginnt Sturmangriff auf Maidan.

22:00

Janukowitsch setzt Treffen mit Oppositionsleitern am Dienstag auf 22.00 MEZ fest.

21:45

Ministerkanibett ruft für Kiew Ausnahmezustand aus, Einfuhr in die Stadt beschränkt.

21:45

Kiewer versperren in der Kikwidse-Straße einem Schützenpanzerwagen den Weg und schicken ihn zurück.

21:31

Verkehr in Kiew wegen U-Bahnlahmlegung fast vollständig eingestellt.

21:28

59 Teilnehmer der Massendemonstrationen in Kiew ins Krankenhaus eingeliefert.

21:26

Innenministerium meldet Tod eines zweiten Milizionärs.

21:25

Acht Tote bei Unruhen in Kiew.

21:11

Maidan-Protestler besetzen erneut Gebietsverwaltung in Iwano-Frankiwsk.

20:50

Mehrere Dutzend Menschen mit Kalaschnikows auf Europa-Platz eingetroffen.

20:39

Ukrainisches Innenministerium ordnet Mobilmachung neben Barrikaden auf Maidan an.

20:39

Berlin fordert ukrainische Behörden und Opposition zu Fortsetzung der Verhandlungen auf.

20:38

Noch zwei Leichen neben U-Bahnstation "Chreschtschatyk" auf der Institutska-

Straße entdeckt.

20:17

Ukrainisches Innenministerium meldet Tod eines Milizionärs wegen Schusswunde.

20:00

Rund 20.000 Menschen auf dem Maidan.

19:47

Autoeinfuhr in Kiew beschränkt.

19:43

Kopflöse Leiche eines Demonstranten an der Obersten Rada vorbeigetragen.

19:43

Demonstranten wollten Petschersker Bezirksabteilung demolieren.

19:28

Janukowitsch trifft sich am Mittwoch mit Oppositionsleitern.

19:08

Batkivschtschina-Abgeordnete in Richtung Maidan unterwegs.

19:08

Totale Mobilmachung in Lwiw und Ternopil angeordnet.

18:53

“Berkut” baut Barrikade auf der Institutska-Straße ab.

18:48

“Berkut” verdrängt Demonstranten aus dem Oktober-Palast.

18:42

Sicherheitskräfte umzingeln Ukrainisches Haus.

18:41

Ein Toter neben Barrikade auf der Institutska-Straße.

18:36

Der Sicherheitsdienst der Ukraine und das Innenministerium des Landes erklärten, dass wenn gegen 18:00 Uhr der Kiewer Zeit die Unruhen in der Stadt nicht zu Ende sind, würden diese Dienste verpflichtet sein, mit gesetzlich vorgesehenen Mitteln Ordnung wiederherzustellen, berichtet die Website des Sicherheitsdienstes der Ukraine.

18:36

Rund 150 Aktivisten bei Zusammenstößen mit Sicherheitsorganen verletzt.

18:27

Sicherheitsrat und Innenministerium der Ukraine drohen mit Gegenmaßnahmen, falls die Opposition die Menschen nicht beruhigt.

18:27

“Berkut” besetzt Europa-Platz und treibt die Menschen auf Maidan.

18:19

U-Bahnverkehr in Kiew vollständig eingestellt.

18:13

“Berkut” stürmt Barrikaden auf der Institutska-Straße mit Hilfe des Wasserwerfers.

18:13

Einige Tausend Demonstranten laufen in Richtung Maidan, “Berkut” schießt ihnen nach.

18:12

Partei “Udar” ruft Vertreter internationaler Organisationen auf, im Offiziershaus einzutreffen.

18:04

Vier zentrale U-Bahnstationen wegen Unruhen in Kiew geschlossen.

18:01

“Berkut” verdrängt die Demonstranten aus der Institutska-Straße.

18:00

Demonstranten treiben Sicherheitskräfte aus der Schowkowitschna-Straße.

17:55

Miliz: Aktivisten besetzen Kiewer Stadtverwaltung erneut.

17:50

“Berkut” beschimpft Tjagnibok und bewirft ihn mit Bauhelmen und Knüppeln – Medien.

17:47

Ministerkabinett soll aus Antikrisen-Managern gebildet werden – Politologe

17:46

Streitkräfte schießen auf Institutska-Straße auf die Protestler, es wurde ein Wasserwerfer vor Ort gebracht.

17:31

Zarew: Zwei Mitarbeiter beim Sturm der Partei der Regionen getötet.

17:31

Zarew meint, der Präsident solle den Maidan mit Gewalt auseinandertreiben.

17:27

“Berkut” bewirft die Demonstranten auf der Institutska-Straße vom Dach mit Schiefer, alles ist mit schwarzem Rauch bedeckt.

17:19

Die in der Gruschewski-Straße entdeckten “polnischen” Patronen konnten in der Ukraine angefertigt worden sein – Erklärung.

17:18

Armee droht mit “entsprechender Reaktion” auf die Besetzung des Offiziershauses.

17:15

Kiewer Stadtverwaltung in Brand gesetzt.

17:06

Zentraler Eingang in Oberster Rada entsperrt.

17:06

Koschara erwartet von anderen Staaten scharfe Kritik am Radikalismus in Kiew.

17:05

Zusammenstöße zwischen “Berkut” und den Protestlern unter der Rada.

16:59

Einige Hundert "Tituschki" mit Gummiknüppeln auf der Lipska-Straße.

16:56

Streitkräfte setzen im Mariinski-Park Schockgranaten und traumatische Waffen ein.

16:48

"Berkut"-Kämpfer haben eine Offensive in der Krepostnoj Gasse ergriffen und einen Protestler tödlich verletzt.

16:43

Die ukrainische Gesundheitsministerin Raissa Bogatyrjowa ist im Marrinsky Park von Demonstranten mit Steinen beworfen worden.

16:41

"Berkut" und die sogenannten "Tituschki" (von den Machthabern angeworbene Jugendliche) haben das brennende Büro von Partei der Regionen in der Lipskaja Straße freibekommen.

16:35

Die Sicherheitskräfte setzen einen Feuerlöschhydranten gegen die Aktivisten ein.

16:34

Mehrere Autoreifen sind von den ukrainischen Protestlern in Brand gesetzt worden.

16:24

Das Zentrum von Kiew bleibt nach wie vor von Protestlern besetzt. Bürger, die sich in betroffenen Gebäuden befinden, retten sich vor Rauchgranaten durch Sprünge aus den Fenstern.

16:10

Acht Kämpfer der Inlandstruppen sind bei Zusammenstößen in Kiew verletzt worden. Sie wurden in ein Krankenhaus eingewiesen.

16:09

„Berkut“ ergreift eine Offensive in der Institutskaja Straße in Richtung des Unabhängigkeitsplatzes. An der Kreuzung der Institutskaja Straße und der Schelkowitzchnaja Straße kam es erneut zu einer Prügelei.

15:57

Die Demonstranten bereiten sich im Mariinsky Park in Kiew auf neue mögliche Zusammenstöße mit der Polizei vor.

15:52

Anführer der ukrainischen Partei „Swoboda“ Oleg Tjagnibok hat allgemeine Mobilmachung angekündigt.

15:48

Der Befehlshaber der Inlandstruppen, General Schuljak hat ein Kommando gegeben, Kampfpatronen an die Soldaten zu verteilen.

15:28

„Berkut“ attackiert die Demonstranten nahe der Obersten Rada. Es kam zu einer Massenprügelei.

15:21

Sicherheitsleute des Büros von Partei der Regionen hat Medienberichten zufolge einen Bildberichterstatter stark verprügelt, und ihm die Nase gebrochen.

15:18

Demonstranten sind auf das Dach des Hauses an der Kreuzung der Schelkowitschnaja Straße und der Institutskaja Straße in Kiew geklettert, von wo aus Polizisten aus einer nichttödlichen Waffe vom Kaliber 12 auf Menschen schossen.

15:00

Die Oppositionellen forderten vom Parlament, unverzüglich zur Verfassung von 2004 zurückzukehren, aber die Behörden sind bisher dazu nicht bereit.